

■ **Seite 2: Ein Ort der Hoffnung.** Achille Mbembe über Afrika und das Universelle ■ **Seite 6: Koloniale Kontinuität.** Jörg Kronauer über den deutschen Imperialismus gestern und heute ■ **Seite 10: Entwicklung ohne Einmischung.** Ding Xiaojin über China und Afrika ■ **Seite 12: Raub eines ganzen Kontinents.** Nnimmo Bassey über neokoloniale Ausbeutung und Widerstand



Über den eigenen Horizont

Zur XXIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin mit Schwerpunkt Afrika kamen Besucher in Rekordzahl. **Von Stefan Huth**

Das Thema hat offenbar einen Nerv getroffen: Mit mehr als 2.900 Besucherinnen und Besuchern verzeichnete die XXIII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz einen neuen Teilnehmerrekord. Außerdem verfolgten einige Tausend Interessierte das Programm per Livestream aus der Ferne am Computer mit. Ihren Ruf als wichtigstes regelmäßiges Treffen nicht nur der bundesdeutschen Linken hat die RLK am 13. Januar zweifellos gefestigt.

Dabei erschien dem Veranstalter *junge Welt* wie den Unterstützern, mehr als 30 Organisationen und Herausgeber von Publikationen, eine solche Resonanz zunächst alles andere als gewiss. Die Konzeption war eine Premiere und zugleich ein Wagnis: Bei keiner der vorangegangenen Konferenzen stand wie dieses Mal ein einziger Kontinent im Zentrum.

Im Vorfeld waren Zweifel zu hören: Ist Afrika ein zugkräftiger Schwerpunkt für den politi-

schen Jahresauftakt? Besteht nicht die Gefahr einer Verengung des Blickwinkels, in einer Zeit zumal, in der so viele Weltgegenden von Krisen und Kriegen heimgesucht werden? Doch bereits in einem sehr frühen Stadium der Planungen war den Beteiligten klar, dass sich zentrale Probleme und Widersprüche der globalen Wirtschaftsordnung, aber auch manche Lösungsansätze und alternative Entwicklungswege geradezu exemplarisch am Beispiel Afrika aufzeigen lassen. Das Themenspektrum ist breit und reicht von innerimperialistischen Konkurrenzkämpfen um Vorherrschaft auf dem Kontinent über die Zurückdrängung staatlicher Souveränitätsrechte durch neokoloniale Herrschaftspraktiken oder den schamlosen Ressourcenraub und damit einhergehende ökologische Verbrechen bis hin zu Kriegen und durch all das in Gang gesetzte Migrations- und Flüchtlingsbewegungen. Zugleich formiert sich auf dem Kontinent Gegenwehr, gibt es, wie die Zusammenarbeit mit Kuba und China zeigt, Beispiele für internationale Bezie-

hungen, die auf Kooperation und gegenseitiger Achtung basieren.

Der politische Erkenntniswert einer in diesem Sinne umfassenden Betrachtungsweise, das bewies die Konferenz, ist groß. Denn im globalen Süden entwickelt sich gegenwärtig manches, was sich unter fortschrittlich Denkenden hierzulande erst allmählich herumspricht. Thema der RLK war damit zugleich, wie es der in Johannesburg lehrende Philosoph Achille Mbembe ausdrückte, die »Entkolonialisierung des westlichen Denkens, die Aufhebung seiner Provinzialität und Beschränktheit«. Befreiende Worte in einem Land, in dem der rechte Rand scheinbar unaufhaltsam in die gesellschaftliche Mitte rückt und tumbe Theorien der Ungleichheit sich mit solchen verbinden, die von der Homogenität eines »Volkskörpers« ausgehen und dessen »Reinheit« bewahren wollen. Dergleichen wird inzwischen selbst in Nachrichtensendungen und Talkshows verhandelt, kaum erstaunlich also, dass eine Veranstaltung wie die RLK, die sich diesem Diskurs

konsequent verweigert, in Deutschland einem umfassenden Medienboykott anheimfällt.

Nachzulesen sind in diesem Spezial die Beiträge von Mumia Abu-Jamal (USA), Nnimmo Bassey (Nigeria), Jörg Kronauer (BRD), Achille Mbembe (Kamerun/Südafrika), Clotilde Ohouochi (Côte d'Ivoire), Enrique Ubieta (Kuba) und Ding Xiaojin (China) sowie ein Podiumsgespräch anlässlich der Proteste gegen die Münchener »Sicherheitskonferenz« Mitte Februar und ein Gedicht der palästinensischen Spoken-Word-Künstlerin Faten El-Dabbas. Die umfassende Dokumentation aller Beiträge – hervorzuheben hier die aus aktuellem Anlass eingeschobene Manifestation der Solidarität mit dem boliviarischen Venezuela – bleibt der Mitte März erscheinenden Broschüre vorbehalten.

Auch die XXIII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz hätte es ohne die Hilfe und das Engagement vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer nicht gegeben. Ihnen allen gilt der herzliche Dank von Redaktion und Verlag.



Achille Mbembe ist Politikwissenschaftler und Professor an der Universität Witwatersrand in Johannesburg. Mit seinem 2014 erschienenen Buch »Kritik der schwarzen Vernunft« regte er eine weltweite Diskussion an.

Von ihm erschien zuletzt: »Ausgang aus der langen Nacht. Versuch über ein enkolonisiertes Afrika« und »Politik der Feindschaft« (Suhrkamp Verlag 2016 und 2017)

Übersetzung aus dem Englischen: Jürgen Heiser

Vor wenigen Tagen hat der amtierende Präsident der USA gesagt, Afrika gehöre neben Haiti und El Salvador zu den »Dreckslöchern« dieser Welt. Ich möchte das keineswegs dramatisieren, aber man muss sich schon wundern über die entmenslichende Kraft, die eine solche Aussage besitzt, besonders wenn sie von einem Mann kommt, der so mächtig ist und dabei selbst Gefahr läuft, sich als »Scheißkerl« der Welt einen Namen zu machen. Ich fürchte, dass dieser äußerst gewalttätige Mann ein lebendiges Beispiel für alles ist, was in unserer jetzigen Welt mit ihrer politischen Spielart der liberalen Demokratie falsch läuft.

Donald Trump verkörpert das heute um uns herum weitverbreitete und überwältigende Gefühl, dass sich Sinnhaftigkeit, Werte und Wahrheit in einer systembedingten Krise befinden; verbunden mit der Wahrnehmung, dass uns alte und neue Probleme behelligen: die Rückkehr höchst archaischer Formen des Rassismus, das Fortbestehen der Klassenschranken – diesmal geht es auch nicht mehr nur um die reale Ausbeutung von Arbeitern, da Millionen von Menschen vom Kapital kaum noch gebraucht werden und ohne Arbeit als überflüssig angesehen werden –, Arten des männlichen Chauvinismus und Sexismus, während gleichzeitig ein staatsreuer »Feminismus« mobilisiert wird. Damit werden all jene stigmatisiert, die anders sind.

Das sind natürlich Probleme, die dringend unserer Aufmerksamkeit und größtmöglichen Neugier bedürfen. Probleme, die uns dazu zwingen, mit verschiedenen

Ein Ort der Hoffnung

Warum Afrika das Universelle verkörpert
Von Achille Mbembe

Denkbildern zu experimentieren und neue Lebenspraktiken zu ersinnen, die uns hoffentlich helfen werden, gemeinsam ein ganz anderes Leben auf diesem Planeten führen zu können, von dem wir alle ausnahmslos rechtmäßige Bewohner sind. Ich möchte deshalb feststellen, dass es keine einzige Region in der Welt gibt, die als »Drecksloch« zu bezeichnen wäre. Nirgends.

Die Überlebensfrage

Als Afrikaner gehe ich von der Tatsache aus, dass es, wenn wir über Afrika reden, nicht um einen fernen Ort geht, der von uns abgetrennt ist, um einen Ort, der in der Dunkelheit der Nacht verloren ist, wie Hegel noch dachte. Es geht vielmehr darum, dass wir dann, wenn wir uns den Namen Afrika in Erinnerung rufen, gleichzeitig den Planeten Erde mitdenken, weil wir unser irdisches Dasein

nicht mehr länger in nationalstaatlicher Begrenztheit, sondern im planetarischen Zusammenhang begreifen müssen. Wir leben im »Zeitalter der planetarischen Verschränkung«, und zwar in dem Sinne, dass nicht mehr länger klar ist, was »draußen« ist und was »drinnen«. Es ist nicht mehr länger klar, wer »wir« sind und wer »die anderen«. Es geht mir um die Tatsache, dass sich die Zukunft unseres Planeten in hohem Maße in Afrika entscheiden wird. Ich will also darüber sprechen, dass es kein afrikanisches Dilemma gibt, das nur Afrika etwas angeht. Der Kontinent ist nach meiner Meinung der bestgeeignete Ort, um eine Antwort auf die drängende Frage nach der Zukunft des Lebens auf unserem Planeten zu finden.

Dieser Frage können wir uns nicht angemessen zuwenden, wenn wir nicht gleichzeitig unsere Kritik am Kapitalismus sowie an einigen grundlegenden Annahmen und damit zusammenhängenden Praktiken des sogenannten westlichen Denkens intensivieren – jenes Denkens, das den Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form erst ermöglicht hat. Mit anderen Worten, eine radikale Kritik des Kapitalismus ist von einer erneuerten Kritik des westlichen Denkens nicht zu trennen, weil beide eng miteinander verknüpft sind. Das beinhaltet automatisch eine Entkolonialisierung des westlichen Denkens, die Aufhebung seiner Provinzialität und Beschränktheit. Und das geht nur, wenn Kapitalismus und westliches Denken gleichzeitig der Kritik unterzogen werden.

Was sind nun einige dieser grundlegenden Annahmen des westlichen Denkens? Zum Beispiel die Vorstellung, dass die Natur eine feste Größe ist, dass man sie messen kann, dass sie uns zur freien Verfügung steht und wir sie ausbeuten dürfen. Dass ferner materielle Objekte nur dann aktiv werden, wenn von außen auf sie eingewirkt wird; die Vorstellung, dass der Mensch die einzige Spezies ist, die ein Bewusstsein hat, und unabhängig

von der Welt existiert, dass die Menschen Herren des Universums sind und so weiter. Diese Annahmen gehen auf solche Dualismen und binären Gegensätze zurück wie Subjekt und Objekt, das Gleiche und das Andere, das Menschliche und das Nichtmenschliche, das Normale und das Abnormale. Das westliche Denken wäre ohne diese Gegensätze nicht entstanden.

Interessanterweise entstammen einige der Mittel, die für die Kritik am westlichen Denken notwendig sind, diesem selbst. Wir müssen also diese dem westlichen Denken innewohnenden Instrumente nutzen, sie dem entnehmen, was Édouard Glissant, ein Schriftsteller aus Martinique, die »All-Welt« (frz. »Le Tout-Monde«) nannte – also die »Archive der gesamten Welt«. Das steht wiederum im Einklang mit dem, was ich bereits als »Zeitalter der planetarischen Verschränkung« anführte, das wir uns als ein Leben in Gemeinsamkeit vorstellen, das nur möglich ist, wenn wir nicht nur ein Archiv, sondern die der gesamten Welt berücksichtigen.

Diese Kritik setzt notwendigerweise eine inhaltliche Infragestellung der Kategorie »Mensch« voraus. Eine Kategorie, die, wie wir wissen, eine paradoxe Rolle sowohl in der Geschichte der Emanzipation als auch in der Geschichte der Unterwerfung spielt. Wenn auch nur deshalb, weil es sich um eine Kategorie handelt, die manche Leute nur für sich selbst beanspruchen und damit den Rest der Welt als »andersartig« definieren.

Das Leben ist nicht abstrakt, wie uns dieses Zeitalter vermittelt, sondern sehr konkret in einer Zeit, in der viele noch darum kämpfen, dass ihr Mensch-Sein als solches anerkannt wird, ihr Leben also etwas ist, das wirklich zählt. Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten davon spricht, ganze Regionen der Welt seien »Dreckslöcher«, bringt er damit zum Ausdruck, dass nicht alle Leben zählen, und falls doch, dann einige zumindest nicht soviel wie andere. Für ihn zählt das Leben eines Norwegers mehr als das Leben eines Haitianers, Salvadorianers oder Afrikaners. Was er meint, aber nicht den Mut hat auszusprechen, ist: »Schwarze Leben zählen nicht.« Wollen wir den Fortbestand des Lebens auf unserem Planeten sicherstellen, müssen wir von der völlig entgegengesetzten Annahme ausgehen, dass nämlich alles Leben und alle Regionen der Welt zählen, Afrika eingeschlossen.

Ich erwähne diese Probleme aus einer Reihe von Gründen. Am wichtigsten ist, dass wir in einer Zeit leben, in der die Unsicherheit darüber wächst, was in der Zukunft mit der menschlichen Spezies geschehen wird, nicht zuletzt aufgrund von Umweltkatastrophen, die die Menschheit unter dem Kapitalismus verursacht hat; Katastrophen, die wir nicht bewältigen können, wenn wir unsere Art zu leben nicht von Grund auf ändern.

Weltweit verbünden sich verschiedene Kräfte, um die Menschen dazu zu bringen, sich einerseits damit auseinanderzusetzen, worin ihre eigene Stärke, aber auch ihre reale Schwäche besteht, und andererseits damit, welche Kräfte und Mächte im Universum wirksam sind, in dem wir leben.

Diesem Bemühen liegt die Wahrnehmung zugrunde, dass unsere Welt immer lebensfeindlicher wird. Für Millionen von Menschen wird dieser Planet zunehmend unbewohnbar. In dieser Hinsicht ist das Interesse an Afrika ein zweifaches: Afrika ist wahrscheinlich der älteste Sohn oder die älteste Tochter der Menschheitsgeschichte. Afrika ist die Wiege der Menschheit, hier richtete sich der Mensch zum ersten Mal auf. In Afrika lebte mithin das älteste menschliche Wesen der Welt, zugleich aber auch das jüngste. Afrika verbindet in sich die beiden Pole Alter und Jugend. Und in diesem Sinne befindet sich in seinen Archiven ein gro-

ANZEIGE

www.marxistische-blaetter.de

Irrationalismus

Mit Beiträgen von: Daniel Bratanovic, Valentin Hemberger, Georg Klemp, Werner Seppmann, Claudius Vellay, Klaus Wagener, Holger Wendt

Weitere Themen: Digitalisierung und Arbeitszeitverkürzung (Achim Bigus, Margareta Steinrück, Marcus Schwarzbach), Weltklimagipfel (Wolfgang Reinicke-Abel), Moral, Macht, Roter Oktober (Dietmar Dath), Katalonien und die Krise des Post-Francismus (Alexander Charlamenko), Konferenzberichte (Berufsverbote, Linke Zwischengruppen, Oktoberrevolution) und Rezensionen



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

ßes Wissen darüber, was es bedeutet, ein lebenswertes Leben in einer lebenswerten Welt zu führen. Deshalb wäre es für uns alle absolut wichtig, nach Afrika zurück-zukehren, um noch einmal neu zu lernen, was es heißt, in einer lebenswerten Welt zu leben.

Kontinent der Zukunft

Ich komme nun zu anderen Gründen, warum Afrika das Synonym für die überwältigende Frage des Lebens auf unserem Planeten ist, die wichtigste Frage, die sich uns in diesem Jahrhundert stellt. Viele sind sich nicht im geringsten bewusst, welche kolossalen Ausmaße der afrikanische Kontinent als zusammenhängende Landmasse hat.

Afrika ist das letzte Gebiet auf der Erde, das noch nicht vollständig der Herrschaft des Kapitals unterworfen ist. Hier wird dem Kapitalismus die letzte Grenze gesetzt. Jedes kapitalistische Projekt unserer Epoche, das Afrika nicht ernst nimmt, ist zum Scheitern verurteilt. Denn dort hat die Menschheit die wohl wichtigsten Mechanismen des Widerstands gegen den Kapitalismus entwickelt.

China ist, weltweit gesehen, die politische Macht, die das am besten begriffen hat. Afrika ist weitgehend zu einer bedeutenden Frage für China geworden, so wie umgekehrt China zu einer bedeutenden Frage für Afrika geworden ist. Wir können über den Kolonialismus und alles damit Zusammenhängende sprechen, Tatsache ist aber, dass wir uns einer neuen globalen Realität gegenübersehen. Und die hat exakt mit dieser »Sinisierung« der afrikanischen Frage und der »Afrikanisierung« der chinesischen Frage zu tun. Von daher scheint es mir wichtig, dass wir uns diese Afrika-China-Verknüpfung für jedes Vorhaben antikapitalistischen Widerstands der nächsten Jahre genauer ansehen sollten.

Ich sage das alles, weil Afrika die letzte Lagerstätte ungeheurer Mengen ungenutzter Ressourcen ist – hier gibt es Bodenschätze, aber auch Pflanzen und Tiere, die woanders längst verschwunden sind, und unter der Erdkruste sind große Energiereserven verborgen. 2035 wird Afrika die Region des Globus mit der jüngsten und hoffentlich dynamischsten Bevölkerung in einer alternden Welt sein. Afrika befindet sich genau auf der anderen Seite des biologischen Kreislaufes unseres Planeten. Dort werden wir in weniger als fünfzehn Jahren die größte Konzentration junger Leute vorfinden. Das wirft allerlei Fragen auf.

Ich denke, dass der afrikanische Kontinent möglicherweise einer der wenigen Orte auf dem Planeten ist, die unter Umständen neue Einwanderungswellen aufnehmen könnten. Es ist einer der wenigen Orte auf der Erde, wo es noch reichlich Lebenspotentiale für die menschliche Gattung gibt, was anderswo nicht der Fall ist. Afrikas Biosphäre ist noch relativ intakt. In Afrika ereignen sich demographische Veränderungen, die eine tektonische Verschiebung in der Geopolitik zur Folge haben werden. Sie haben das Potential, das Gesicht der Welt in den kommenden Jahrzehnten völlig zu verändern.

Dazu möchte ich ein paar Zahlen anführen. Seit Mitte 2017 hat die Weltbevölkerung in etwa die Marke von 7,6 Milliarden Menschen erreicht. Das bedeutet, dass in den letzten zwölf Jahren etwa eine Milliarde Erdbewohner hinzugekommen sind. Bis 2030 werden 8,6 Milliarden Menschen auf der Erde leben, bis 2050 werden es 9,8 und bis zum Ende des Jahrhunderts rund 11,2 Milliarden sein. Von den 2,2 Milliarden Menschen, die bis zum Jahr 2050 hinzukommen werden, entfallen 1,3 Milliarden auf Afrika und 750 Millionen auf Asien. Ab 2050 wird Afrika am stärksten zum Wachstum der Weltbevölkerung beitragen und damit den Kreis schließen, der vor 400 Jahren durch den

transatlantischen Sklavenhandel eröffnet wurde, als Millionen von Menschen aus Afrika nach Amerika verschifft wurden. In den kommenden Jahren wird also das zuvor gestörte Gleichgewicht wiederhergestellt. Der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung wird von rund 17 Prozent im Jahr 2017 auf rund 26 Prozent im Jahr 2050 steigen. Bis zum Jahr 2100 wird er bei 40 Prozent liegen – ein Ereignis von historischem Ausmaß, weil das die Größe und Verteilung der Weltbevölkerung prägen wird. Zum Beispiel Afrika wird Nigeria die Vereinigten Staaten noch vor 2050 übertreffen und nach der Zahl seiner Einwohner zum drittgrößten Land der Welt aufsteigen.

Ich erwähne diese Fakten, um auf zwei Dinge hinzuweisen: erstens, dass die Demographie, besonders in diesem Zeitalter der globalen Umweltkrise und des Klimawandels, die neue Geopolitik ist. Bevölkerungszahlen und Bevölkerungsbewegungen werden damit nicht nur zu wirtschaftlichen, sondern auch zu militärischen Fragen. Zweitens könnte der Umgang mit der menschlichen Mobilität zum wichtigsten Problem werden, mit dem die Welt in diesem Jahrhundert konfrontiert sein wird. Tatsache ist, dass unsere Welt angesichts dieser Entwicklung ein neuerliches Verlangen erlebt, Grenzen zu schließen. Weil sich – neben anderen Problemen – neue Formen der Gewalt ausbreiten, haben Fragen der Gefahrenabwehr, der Sicherheit und Identität in öffentlichen politischen Auseinandersetzungen an Bedeutung gewonnen.

Überall Grenzen

Überall bekommen wir zu hören, unser aller Leben sei in Gefahr, wir seien von allen möglichen und größtenteils unsichtbaren Kräften existenziell bedroht, die unsere Lebensart zerstören wollen. Angeblich seien nationale Gemeinschaften dann sicherer, wenn Risiken, Ungewissheit und Unsicherheit stärker kontrolliert und die vermeintlich verlorenen nationalen Souveränitäten wiederhergestellt würden. Gemeint ist damit, dass die Länder die Fähigkeit zurückgewinnen sollten zu entscheiden, wer ihre Grenzen überschreiten, ins Land einwandern, sich niederlassen darf, wer am Ende in unserer Mitte geduldet wird und wer nicht. Was soll also mit Menschen geschehen, die wir nicht bei uns haben wollen, wie sollen wir diejenigen behandeln, von denen wir glauben, dass sie nicht zu uns gehören, unsere Existenz bedrohen, die wir also nicht für unser eigenes kollektives Glück brauchen? Abgesehen davon, dass sie für den Akkumulationsprozess völlig überflüssig sind – was machen wir mit solchen Leuten?

Wie Sie an den jüngsten politischen Beziehungen der Staaten der EU zum afrikanischen Kontinent feststellen können, konzentrieren sich die meisten dieser Länder auf die Frage des Umgangs mit der von diesem Kontinent ausgehenden Migration. In der Konsequenz führt das zu einer Neustrukturierung der Grenzsicherung und zu massiven Investitionen in neue Technologien. Deshalb entsteht ein völlig neues globales Migrationsregime, eng verbunden mit einem neuen globalen Sicherheitsregime. Migration wird heute auf Aspekte der Sicherheit reduziert.

Wir beobachten die Errichtung einer weltweiten Ordnung, deren Ziel es ist, die Wanderungsbewegungen der Menschen zu kontrollieren. Ziel ist ein internationales Regime, das garantieren soll, dass Migration die Sicherheit nicht gefährdet. Dabei kommen neue Technologien zum Einsatz, deren Ziel es in der Tat nicht nur ist, die Grenzkontrollen zu digitalisieren, Daten und genetische Informationen automatisch zu sammeln und sie elektronisch zu speichern, sondern, im Grunde genommen, leben wir in einer Welt, in der jeder und jede von uns tendenziell in

einen Code verwandelt werden soll. Wir alle tragen somit die Grenzen auf Schritt und Tritt in uns, sie werden mobil und sind damit letztlich nicht mehr an Orte gebunden. Will man diese Dynamik im Weltmaßstab begreifen, muss man sich klarmachen, dass Afrika das perfekte Laboratorium für diese Zurichtung unseres gesellschaftlichen Lebens ist.

Eines der Schlüsseldramen, mit denen die heutigen liberalen Demokratien konfrontiert sind, besteht darin, Menschen, die unerwünscht, illegal, entbehrlich oder überflüssig sind, zu kontrollieren. Ich denke, dass die Zukunft der liberalen De-

„ Afrika ist das letzte Gebiet auf der Erde, das noch nicht vollständig der Herrschaft des Kapitals unterworfen ist. Hier wird dem Kapitalismus die letzte Grenze gesetzt.

mokratie in hohem Maße von dieser Frage abhängig ist. Wie sollen wir mit Menschen umgehen, denen gegenüber wir uns zu nichts verpflichtet fühlen? Von denen wir denken, dass wir ihnen nichts schulden? Das aber bedeutete die Abschaffung der eigentlichen Idee von Menschheit als einer gemeinsamen Beziehung aller zueinander – einer gemeinsamen Beziehung, die dazu führen könnte, den Fortbestand sowohl des Planeten als auch der menschlichen Existenz auf ihm zu sichern.

Das Problem ist alles andere als neu, obwohl es in unseren Zeitalter eine ganz andere Gestalt angenommen hat. Es begegnete uns in der Geschichte der Neuzeit immer wieder, zum Beispiel mit den Indianerreservaten in den Vereinigten Staaten, es zeigte sich bei den Experimenten mit Inselgefängnissen, Strafkolonien und mit der Schaffung der Bantustans in Südafrika. Die davon betroffenen Menschen gehörten nicht zu »uns«, also verfrachteten wir sie irgendwo an einen völlig lebensfeindlichen und unbewohnbaren Raum. Unbewohnbar heißt, es fehlen alle Voraussetzungen für eine menschengerechte Existenz. Wir laden sie dort ab und geben sie auf. Das ist die Idee des Lagers, der Ausgrenzung all jener, die unerwünscht sind. Und heute, in der Welt, in der wir leben, besonders in Europa, gibt es Tausende von Lagern. Die Lager in Europa sind nicht mit dem Holocaust verschwunden. Es gibt dort heute mehr Lager als je zuvor in der Geschichte.

Die Landschaften unserer Welt sind Gefängnislandschaften. Die Zahl der Menschen, die in verschiedenen Arten von Gefängnissen leben, war noch nie so hoch

wie heute. Diese Realität des Eingesperrtseins und ihres Gegenteils – der Befreiung, der Erlösung – ist der markante Ausgangspunkt des 21. Jahrhunderts.

Freiluftgefängnis

Wenn wir uns vorstellen, dass eine andere Welt möglich ist, dann müssen wir uns auch die Abschaffung des Gefängnisses als solches vorstellen. Tatsache ist, dass die meisten dieser Gefängnisse Orte sind, in die Menschen aus rassistischen Motiven eingesperrt werden. Sie werden wie Tiere gejagt, und dann sperrt man sie in

diese Käfige, wie es in den Vereinigten Staaten von Amerika geschieht, wo die Mehrheit der Gefangenen Schwarze sind. Kaum dass sie von der historischen Sklaverei und Unterwerfung befreit wurden, landen sie wieder im Gefängnis.

Wenn wir uns einschreiben wollen in die Geschichte der menschlichen Emanzipation, müssen wir alles dafür tun, dass Afrika kein Freiluftgefängnis wird. Die Emanzipationskämpfe im Geiste des Abolitionismus haben immer zwei Dinge zusammengebracht: Die Vorstellung, dass eines schönen Tages alle frei und die Gefängnisse abgeschafft sein werden.

Das bedeutet hinsichtlich des afrikanischen Kontinents die Abschaffung aller aus der Kolonialzeit übernommenen Grenzen. Afrika wird solange nicht vollständig entkolonialisiert sein, wie der Kontinent durch künstliche Grenzen zwischen seinen Mitgliedsstaaten geteilt ist, die Menschen daran hindern, sich frei zu bewegen und ihn jederzeit betreten und verlassen zu können.

Darum muss es gehen, anstatt Afrika zum Gazastreifen der Welt zu machen. Denn Gaza ist der Inbegriff der Logik des Einsperrens, der Unterwerfung und der Unbewohnbarkeit von Lebensräumen. Der afrikanische Kontinent muss für seine Bewohner und für jeden, der sein Schicksal mit Afrika verbinden will, zu einem verheißungsvollen Ort der Hoffnung werden, als ein Beispiel der besonderen Gestalt des Universellen, des Allumfassenden, quer und horizontal denkend und nicht mehr in den alten Formen, die aus der Kolonialzeit übernommen wurden.

AB MITTE MÄRZ AM KIOSK!

Broschüre zur XXIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz

»Amandla! Awethu! Die Machtfrage stellen«

Referate von: Nnimmo Bassey, Dichter, Umweltschützer und Träger des Alternativen Nobelpreises 2010 (Nigeria) | Jörg Kronauer, Journalist und Sozialwissenschaftler | Clotilde Ohouochi, ehemalige Sozialministerin der Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste) | Mumia Abu-Jamal, politischer Gefangener, Journalist und Bürgerrechtler (USA) | Ding Xiaojin, Professor, Universität Shanghai für Finanzen und Wirtschaft (Volksrepublik China) | Enrique Ubieta, Journalist und Philosoph (Kuba) | Achille Mbembe, Politikwissenschaftler und Philosoph (Kamerun) | **Grußadresse von Adel Amer**, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Israels

»Oben – unten. Nord – Süd. Wer wen? Soziale Frage und Flüchtlingselend: Abschied der Linken von der internationalen Solidarität?«

Podiumsdiskussion mit: Canan Bayram, Mitglied des Bundestags für Bündnis 90/Die Grünen | Lorenz Gösta Beutin, Mitglied des Bundestags für die Partei Die Linke | Günter Pohl, Internationaler Sekretär der Deutschen Kommunistischen Partei | Selma Schacht, Arbeiterkammerrätin in Wien für Komintern | Moderation: Stefan Huth, Chefredakteur *junge Welt*

Mit zusätzlichen Beiträgen und Interviews zu den Themen der Konferenz.

Erhältlich an allen Bahnhofskiosken und in der iW-Ladengalerie (Torstraße 6, 10119 Berlin)
Bestellbar online unter jungewelt-shop.de oder telefonisch unter: 030/53 63 55-37

Clotilde Ohouochi war zwischen 2000 und 2011 Ministerin für Solidarität, Gesundheit und soziale Sicherheit in Côte d'Ivoire. Nach dem Sturz Laurent Gbagbos und der einsetzenden Repression gegen dessen Gefolgsleute und gegen Mitglieder der Ivorischen Volksfront (FPI) floh sie über Belgien nach Frankreich, wo sie Asyl beantragte und heute lebt.

Übersetzung aus dem Französischen: Jörg Tiedjen

Die tragischen Geschehnisse, die sich im Frühjahr 2011 in Côte d'Ivoire ereigneten, werfen Fragen auf über die tatsächliche Souveränität der frankophonen afrikanischen Staaten. Es sei daran erinnert, dass Frankreich seinen subsaharischen Kolonien oft nur unwillig und erst verspätet die Unabhängigkeit gewährte. Wirtschaftlich, diplomatisch, militärisch, sozial blieben die alten Kolonien über das berichtigte neokoloniale System der Françafrique den Pariser Wünschen unterworfen. Dieses System weist folgende Merkmale auf: eine französische Außenpolitik, die nicht vom Außenministerium ausgeht, sondern im Ermessensspielraum der Präsidentschaft liegt, insbesondere der »afrikanischen Zelle« im Élysée; umfangreiche Präsenz französischer Funktionäre und später technischer Berater in den betroffenen afrikanischen Ländern; eine – auch militärische – Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder; geheime finanzielle Beziehungen zwischen der Regierung des jeweiligen Landes und den französischen politischen Parteien, d. h. umfassende Korruption. Man kann der keineswegs vollständigen Aufzählung den CFA-Franc hinzufügen, diese neokoloniale Währung, die künstlich an den Euro gebunden ist, oder die Knebelverträge, die den französischen Unternehmen zugute kommen.

Die ivoirische Krise seit Ausbruch der bewaffneten Rebellion in der Nacht vom 18. auf den 19. September 2002 bis zum Krieg 2010 und 2011 nach den damaligen Wahlen führt uns die Nichtigkeit unserer Unabhängigkeit vor Augen. Die unberechtigte Einmischung der »alten« Kolonialmacht in die inneren Angelegenheiten Côte d'Ivoires, ohne dass der geringste Protest von seiten der sogenannten internationalen Gemeinschaft laut wurde, lehrt zugleich in aller Anschaulichkeit, dass die Konferenz von Jalta vom Februar 1945 immer noch nachwirkt. Die Aufteilung der Welt in Einflusszonen bleibt

trotz der Globalisierung bedrückend gegenwärtig. Aus dieser Perspektive betrachtet, finden es die Verbündeten »normal«, dass Frankreich in Côte d'Ivoire, dem Schmuckstück in seinem Vorhof, militärisch interveniert. In der öffentlichen Meinung in Afrika dagegen sind die französischen Interventionen in Verruf geraten, denn sie werden zunehmend als nicht hinnehmbare Einmischung in die lokalen Angelegenheiten angesehen. Die »humanitären« und »demokratischen« Absichten, die bemüht werden, um die französischen Interventionen zu begründen, stehen im Verdacht, andere Motive zu verschleiern. Hier klingen die Thesen des Imperialismus des 19. Jahrhunderts nach, der die koloniale Unternehmung als eine soziale, humanitäre, zivilisatorische Aktion präsentierte, während in Wirklichkeit die wirtschaftlichen, politischen, strategischen und ideologischen Motive ausschlaggebend waren.

Einmischung in Côte d'Ivoire

Rufen wir uns den historischen Hintergrund der Krise in Côte d'Ivoire nach den Wahlen in Erinnerung. Am 2. Dezember 2010 erklärt Youssouf Bakayoko, der Vorsitzende der Unabhängigen Wahlkommission, von den westlichen Mächten, insbesondere Frankreich und den USA, gedeckt, Alassane Ouattara zum Gewinner der Präsidentschaftswahlen. Über die Beschwerden und Anträge auf Annullierung der Wahl wegen Betrugs, die von Laurent Gbagbo beim Verfassungsgericht eingereicht worden waren, wird großzügig hinweggesehen. Alsbald, in Form eines phantastischen Rollenspiels, betreten auf Veranlassung Frankreichs die Vereinten Nationen (UN) die Bühne. Ohne die Entscheidung des Verfassungsgerichts abzuwarten, der einzigen Institution, die berechtigt wäre, die Endergebnisse der allgemeinen Wahlen in Côte d'Ivoire zu verkünden, beeilt sich Young Jin Choi, Sondergesandter des UN-Generalsekre-



Es lebe der Par

Die alte Kolonialmacht Frankreich ist auf dem Rückzug, die junge Generation, endlich echte Unabhängigkeit

tärs, die Ergebnisse Bakayokos zu bestätigen und ihnen so internationale Anerkennung zu verleihen. Man ist also mitten in eine Verfassungskrise hineingeraten. Es ist die geschickt ausgelegte Falle, um Laurent Gbagbo auszuschalten. Dieser Konflikt, der ausschließlich auf juristischem Wege gelöst werden kann, hat aufgrund der kriegerischen Einmischung der Weltmächte dramatische Folgen. Denn statt das endgültige Urteil des Verfassungsgerichts anzuerkennen, das Laurent Gbagbo zum Sieger erklärt, nachdem es die Ergebnisse der Regionen, in denen der Wahlbetrug die Grenzen aller Anständigkeit überschritten hatte, für ungültig erklärt hat, startet die Anti-Gbagbo-Liga eine Treibjagd. Er soll als Krimineller erscheinen, den es um jeden Preis abzuschießen gilt. Mit Unterstützung seiner Verbündeten sorgt Alassane Ouattara dafür, dass die Ivorer mit Sanktionen belegt werden, die Maßnahmen sind so zynisch wie machiavellistisch: Einfuhrstopp für Medikamente, Schließung der Geldinstitute, Abbruch aller staatlichen Bankverbindungen, Beschlagnahme der Güter gewisser Persönlichkeiten, Blockade des Handels mit Kakao, dessen weltweit größter Produzent Côte d'Ivoire ist, Exportstopp usw.

Am 25. März 2011 überrollen die von Frankreich angeführte internationale Koalition und die Rebellen des Nordens den Süden des Landes und rücken vor zur Entscheidungsschlacht um Abidjan. Auf ihrem Weg säen sie Tod und Verzweiflung. Die Märtyrerstadt Duékoué im Westen Côte d'Ivoires ist das erschreckendste Beispiel dafür. Mehr als tausend Tote an einem einzigen Tag sind dort zu beklagen. Die militärische Option, die Nicolas Sar-

kozy und einige afrikanische Staatschefs einer Verhandlungslösung vorziehen, entspricht der Politik der »Begradigung« und »Rückgewinnung der Kontrolle«, die von Frankreich seit 2002 ausgearbeitet worden ist, um Gbagbo von der Macht zu entfernen.

Es war Sarkozy oberstes Ziel, Alassane Ouattara an die Spitze des Landes zu bringen. Diese Person ist wie geschaffen für die Françafrique, denn Ouattara hat nur ein einziges Programm: den Schutz und die Förderung der Interessen der Metropole Paris. Demgegenüber wollte die Politik der »Refondation«, der Neugründung, die in der zweiten Republik mit der Wahl Laurent Gbagbos im Oktober 2000 begonnen worden war, mit dem politischen und wirtschaftlichen Erbe der Abhängigkeit von Frankreich brechen. Die Diversifizierung der Handelspartner Côte d'Ivoires, die strukturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die unabhängig von den Anordnungen Frankreichs in Angriff genommen wurden, sind gute Beispiele dafür. Diese Politik der Neugründung brachte ins Wanken, worin man sich so komfortabel eingerichtet hatte. Das Verbrechen Gbagbos ist, dass er sich aus der Perspektive Frankreichs durch sein offenes Streben nach Unabhängigkeit und Souveränität »inakzeptable Absteher« vom vorgeschriebenen Weg erlaubte.

Um Gbagbo aus dem politischen Leben zu entfernen, entschied Frankreich, ihn an den Internationalen Strafgerichtshof (ISG) zu überführen. Die Zeiten ändern sich, die Methoden bleiben gleich. In der Kolonialzeit kannte der Kolonisator angesichts der aufrührerischen Bestrebungen der afrikanischen Völker bei der

ANZEIGE

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Domenico Losurdo
WENN DIE LINKE FEHLT...
Gesellschaft des Spektakels, Krise, Krieg

Während sich auch in entwickelten Ländern soziale Ungleichheit verschärft, folgt international ein »kleiner Krieg« auf den anderen – und es drohen gar größere Konflikte. Wie rechtfertigt die »Spektakelgesellschaft« die Kriegspolitik? Und warum glänzt die westliche Linke durch Abwesenheit?

373 Seiten – € 19,90



Jörg Kronauer
ALLZEIT BEREIT
Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen

Deutschland müsse seiner globalen Verantwortung gerecht werden, zur Not auch mit Soldaten. Hinter dieser Maxime stehen ökonomische und geostrategische Expansionsinteressen. Daran wirken mit: Think-Tanks, Stiftungen und andere politische Akteure.

214 Seiten – € 14,90



Jörg Goldberg
DIE EMANZIPATION DES SÜDENS | Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt

Jörg Goldberg zeigt anhand exemplarischer Analysen der chinesischen Ökonomie, des »Boomkontinents« Afrika und Lateinamerikas, dass deren Aufstieg auch auf traditionellen Regelsystemen fußt, die den neoliberalen Modellen des Westens oft überlegen sind.

326 Seiten – € 18,90

Tel.: (02 21) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de



panafrikanismus

ug. Françafrique ist in der Krise. Es ist die Aufgabe
t zu erkämpfen. **Von Clotilde Ouhouchi**

Durchführung von Repressionen keine Zurückhaltung, weder bei militärischen Operationen noch bei Deportationen der führenden Köpfe vom Kontinent. Ein Anhänger dieser Methode der Befriedung, genannt »harte Vorgehensweise«, war Gabriel Louis Angoulvant, der am 25. April 1908 zum Gouverneur der Kolonie Côte d'Ivoire ernannt worden war. Die Einkerkung Laurent Gbagbos im Gefängnis von Den Haag bzw. Scheveningen wird in der afrikanischen Meinung mehrheitlich vor diesem Hintergrund verstanden. Es ist ganz offensichtlich: Die Intrigen, die Einflussnahmen und der verhüllte Druck, den Diplomaten und andere französische Politiker auf den Verlauf des Prozesses in Den Haag ausüben, stellen eine unangemessene äußere Einmischung dar. Man wird im Verlauf des Verfahrens sehen, ob die Vorwürfe der Parteilichkeit und der Siegerjustiz an den ISG zutreffen.

Armut trotz Wachstum

Nach Auskunft internationaler Analysten profitiert Côte d'Ivoire unter Ouattara voll und ganz von seiner regionalen Schlüsselrolle und erzielt dank Ausfuhr ausreichend diversifizierter landwirtschaftlicher Grunderzeugnisse (Kakao- und Kaffeebohnen, Cashewnüsse, Kautschuk) einen Handelsüberschuss. Die Wirtschaft weist seit fünf Jahren Wachstumsraten nahe dem zweistelligen Bereich auf. In einem Atemzug mit dieser Siegesbilanz unterstreichen die Analysten allerdings, dass sich das auf den Alltag von Privathaushalten nur geringfügig auswirkt. »Côte d'Ivoire leidet unter einer besorgniserregenden Armutsquote, vor allem, wenn man bedenkt, über welch enorme

Möglichkeiten das Land verfügt«, meint Ousmane Diagana, der lokale Chef der Weltbank. Fast jeder zweite Einwohner gilt offiziellen Zahlen zufolge als »arm«. Im Index der menschliche Entwicklung des UN-Entwicklungsprogramms für das Jahr 2016 lag Côte d'Ivoire, die führende Ökonomie der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA), an 37. Stelle von 54 afrikanischen Ländern und an 171. Stelle weltweit.

Was die Schulden betrifft, so wurden diese mittels des IWF-Programms für die höchstverschuldeten Entwicklungsländer (PPTE) von 13,43 Milliarden US-Dollar im Jahr 2009 auf 9,17 Milliarden Dollar 2012 reduziert. Im Jahr 2016 waren sie allerdings wieder auf 17,19 Milliarden Dollar angestiegen. Die Schulden haben sich also in diesem Zeitraum verdoppelt. Sie betragen mittlerweile fast 58 Prozent unseres Bruttosozialprodukts (BSP).

Was die Arbeitswelt angeht, so kommt dem informellen Sektor große Bedeutung zu. Seit den 1980er Jahren ist ein Großteil der Arbeitsverhältnisse dort angesiedelt, zwischen 65 und 80 Prozent aller Stellen im städtischen Raum, was einen Anteil am BSP von insgesamt 45 Prozent ausmacht. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiter verfügt über keinerlei Rentenansprüche oder soziale Sicherheit.

Die Emigration nach Europa stieg unter der Regierung Ouattara enorm an. Natürlich besteht eine direkte Verbindung zwischen Armut und Emigration. Der sich an die Wahlen von 2010/2011 anschließende Krieg mit seinen Ausschreitungen und Menschenjagden war Anlass für eine massenhafte Flucht von Ivorern. 2014 nahm das Land mit 809.312 Flüchtlingen den 14. Platz unter allen Herkunftsländern ein. 1,5 Prozent der 52,9 Millionen Geflüchteten weltweit sind Ivorer. In Afrika steht Côte d'Ivoire auf Platz sieben. Im Mai 2016 belief sich die Zahl aller ivoirischen Flüchtlinge in Westafrika auf 44.894. Sie verteilten sich hauptsächlich auf Liberia, Ghana, Guinea, Togo und Mali. Bei den meisten von ihnen handelt es sich um Jugendliche, die sich auf die abenteuerliche Reise über das Mittelmeer nach Europa begeben möchten.

Ein freies Afrika

Dessenungeachtet: Afrika kann gelingen. Der Kontinent verfügt über immense Möglichkeiten, sowohl was die Menschen als auch was die natürlichen Ressourcen anbelangt. Bei 1,2 Milliarden Einwohnern im Jahr 2017 dürfte er 2050 an die 2,5 Milliarden erreichen. Afrika ist so reich an teuren und seltenen Erzen, dass man angesichts der verbreiteten Armut von einem »geologischen Skandal« spricht. Vor wenigen Jahrzehnten wurden China und Indien von schlimmstem Elend bedrückt. Heute sind sie Mächte von weltweiter Geltung. Brasilien, Mexiko und Chile sind ebenfalls aufgebrochen. Der Erfolg dieser Länder beruht sicherlich darauf, dass bestimmte ökonomische Programme umgesetzt werden konnten, aber auch auf spezifisch politischen Weichenstellungen. Die Mehrzahl unter ihnen konnte sich von aller Bevormundung befreien, um sich eigenständig zu entwickeln, sich selbst zu erfinden und Partnerschaften zu beiderseitigem Vorteil mit dem Rest der Welt zu knüpfen. Es versteht sich von selbst, dass weder brillante Entwicklungsstudien von »internationalen Experten« noch aufwendigste Entwicklungsprogramme den Fortschritt herbeibefehlen können. Solange die bedeutendsten Wirtschaftsbereiche unter dem Einfluss räuberischer, von außen kommender Interessen und einer maroden Clique stehen, wird die Hoffnung auf Entwicklung eine Illusion bleiben.

Denn es fehlen Freiheit und Unabhängigkeit. Ein Afrika, das für sich selbst entscheiden kann, das sein Schicksal in die eigene Hand nimmt, wird seine eigene Schöpferkraft entwickeln und die Welt staunen machen. Der Kampf aller Panafrikaner ist die Grundlage. Wir wollen ein freies Afrika, offen nach außen, als gleichberechtigter Partner, respektiert und geschätzt, ein Afrika, das den Sumpf des Zerfalls, in dem es mutwillig festgehalten wird, hinter sich lässt, um Wohlstand und menschliche Wertschätzung zu erlangen.

Die ökonomische Krise in Europa und der Verlust der Führerschaft der westlichen Mächte in einem Umfeld weltweiter Konkurrenz liefern eine einleuchtende Erklärung für die Militärinterventionen in Afrika. Diese Situation spitzt sich zu durch die aktuelle Neigung der früheren Kolonien, ihre Zusammenarbeit mit Schwellenländern wie den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) auszuweiten. 2013 zogen französische Stellen Bilanz. Frankreich hat binnen zehn Jahren die Hälfte seines Marktanteils im subsaharischen Afrika verloren. Um die wirtschaftlichen Beziehungen wieder zu stärken, wurde die Stiftung Africa-France auf die Beine gestellt. Das geschah im Anschluss an den Zinsou-Védrine-Bericht von 2013, der »15 Vorschläge für eine neue wirtschaftliche Dynamik zwischen Afrika und Frankreich« formulierte. Ihm ist auch zu entnehmen, dass der Marktanteil Frankreichs im Süden der Sahara zwischen 2000 und 2011 von 10,1 auf 4,7 Prozent zurückgegangen ist, obwohl sich der Wert der französischen Exporte im gleichen Zeitraum verdoppelte. Unter den 15 allgemeinen Vorschlägen des Papiers findet sich auch die Schaffung einer öffentlich-privaten französisch-afrikanischen Stiftung, die als »Katalysator der Erneuerung in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frank-

reich und Afrika« wirken soll. Eben das ist die Aufgabe, die der Stiftung Africa-France zukommt, die von dem französisch-beninischen Banker Lionel Zinsou geleitet wird.

Wann entschließt Afrika sich endlich, sich von den Fesseln zu befreien, die es am Aufschwung hindern? Trotz der brutalen Methoden, mit denen jeder sich abzeichnende Versuch der Befreiung auf dem Kontinent niedergeschlagen wurde, finden die souveränistischen Ideen, wie sie von der neopanafrikanischen Bewegung vertreten werden, immer mehr Verbreitung. Die Politik des »großen Knüppels«, die Frankreich in Côte d'Ivoire im Frühjahr 2011 betrieben hat, hat vor allem gezeigt, wie morsch die Beziehungen zwischen dem frankophonen Afrika und dem alten Machtzentrum sind. Die fortschreitende Aneignung der panafrikanischen Ideen durch die neuen Generationen ist Ausdruck dessen.

Titanische Herausforderung

Der Kampf scheint auf den ersten Blick eine titanische Herausforderung. Wie könnte man aus all den Initiativen, die hier und dort zu beobachten sind, nachhaltig Gewinn ziehen? Wie lässt sich der monolithische Block zum Wanken bringen, den die Gilde der afrikanischen Staatschefs darstellt, der frankophonen wohlgeordnet, die sich durch die Geschehnisse in Côte d'Ivoire in ihren konservativen Positionen bestärkt sehen? Wie kann man den alten Kolonisator dazu bewegen, endlich zu akzeptieren, dass eine gütliche oder einvernehmliche Scheidung unter zivilisierten Partnern blutigen Auseinandersetzungen bei weitem vorzuziehen ist? Die Zeit ist gekommen, diese Fragen mutig und ohne Umschweife zu stellen. Von ihrer Beantwortung hängt unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder ab. Man hat der alten Generation Freiheit und Unabhängigkeit gewährt. Aber die Bedeutung dieser Ideale ist verdreht worden. Es ist an der gegenwärtigen Generation, den Kampf um die wahrhafte Freiheit und Unabhängigkeit zu führen.

Es gibt Anlass zu Hoffnung. Wir wohnen dem Aufkommen eines Afrikas der Würde bei, das die Entfremdung zurückweist. Auch wenn sie noch kaum hörbar sind, machen sich allerorten Stimmen vernehmbar, die mutig die unerträgliche Einmischung des Westens in die Alltagsgeschäfte des Kontinents anprangern.

Der Kampf um die wahrhafte Unabhängigkeit Afrikas ist weder gegen Personen noch Staaten gerichtet. Wir hegen keine Feindseligkeiten, außer gegen die Schande des wilden Kapitalismus, die Ungerechtigkeit, die Plünderung der Reichtümer Afrikas und die Hilfe für die Diktatoren. Denn wir sind weder Anhänger einer dogmatischen und auf Autarkie setzenden Politik, noch basteln wir an einem stumpfsinnigen, antiweißen Sektierertum. Wir wollen lediglich, dass man uns in unserer Menschenwürde achtet, und wir wollen selbst entscheiden.

Was den Kampf in Gefahr bringt, sind das Fehlen gemeinsamer Begriffe, einer systematischen Ausarbeitung des neopanafrikanischen Gedankens, die Aufsplitterung in eine Vielfalt von Initiativen, die Abwesenheit eines formalen Rahmens für die Koordinierung der Aktivitäten und das Nichtvorhandensein von klar definierten Zielen. Es würde die Dynamik des Panafrikanismus beschleunigen, dem Beispiel seiner Gründerväter zu folgen. Wir brauchen Einheit und Solidarität, gemeinsame Aktionen statt isolierte, disparate, punktuelle und beschränkte Unternehmungen. Denn der Erfolg kommt mit unserer Solidarität, unserem Einvernehmen und unserer Entschlossenheit. Der Marsch ist lang und beschwerlich, der Weg steinig, aber es ist möglich.

»Man hat der alten Generation Freiheit und Unabhängigkeit gewährt. Aber die Bedeutung dieser Ideale ist verdreht worden. Es ist an der gegenwärtigen Generation, den Kampf um die wahrhafte Freiheit und Unabhängigkeit zu führen.«

Koloniale Kontinuität

Deutscher Imperialismus in Afrika von 1871 bis 2017 – Genozid, Konkurrenzkampf und neuerdings auch Flüchtlingsabwehr. **Von Jörg Kronauer**

Die Bundesregierung hat Afrika in jüngster Zeit auf ihre Tagesordnung gesetzt. Ein Beispiel: Der Kontinent ist eines der zentralen Themen der deutschen G-20-Präsidentschaft gewesen, die zum 1. Dezember letzten Jahres zu Ende gegangen ist. Wie üblich sind da viele schöne Worte zu hören gewesen: Man wolle eine »Partnerschaft mit Afrika« eingehen, hieß es etwa nach dem G-20-Gipfel im Juli in Hamburg. Man müsse endlich die »Fluchtursachen bekämpfen«, die immer mehr Menschen aus Afrika nach Europa

Ersten Weltkrieg abtreten musste und weil deshalb seine kolonialen Netzwerke zerrissen seien. Nun, diese Idee führt in die Irre, und das aus einer ganzen Reihe von Gründen.

Deutschland hat eben doch auch eine koloniale Vergangenheit, die bis heute hässliche Früchte trägt. Angefangen hat sie 1884/85, als deutsche Kolonialisten erste Gebiete im heutigen Namibia, Togo, Kamerun und in Tansania in Beschlag nahmen. Es ging um das klassische Ziel, das alle Kolonialmächte verfolgten: Man wollte sich Rohstoffquellen sichern, der

tige Niederschlagung der Sklaverei in Ostafrika forderten und damit den deutschen Kolonialtruppen faktisch an der Propagandafront grünes Licht gaben. Diese legten prompt mit ihrem Gemetzel los.

Nun kann man natürlich sagen: Das ist alles mehr als ein Jahrhundert her. Die Bundesrepublik ist etwas vollkommen anderes als das Kaiserreich. Das stimmt natürlich. Nur: Müsste man dann nicht auch erwarten können, dass Deutschland heute zu einem wenigstens halbwegs angemessenen Umgang mit seiner kolonialen Vergangenheit findet? Leider tut es das nicht. Deshalb möchte ich kurz auf die deutschen Kolonialkriege und den Umgang der BRD mit ihnen eingehen.

Der bekannteste unter diesen ist der 1904 begonnene Krieg gegen die Herero und Nama im damaligen Deutsch-Südwestafrika. Dabei verfielen die Generäle auf den Gedanken, die Herero in die Wüste zu treiben, sie dort jeweils von den Wasserstellen zu verjagen und verdursten zu lassen. Der kaiserliche Generalstab hat es 1906 so beschrieben: »Die wasserlose Omaheke (-Wüste, J. K.) sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: Die Vernichtung des Hererovolkes.« Die genaue Zahl der Todesopfer ist bis heute nicht geklärt. Schätzungen gehen von bis zu 60.000 Herero und rund 10.000 Nama aus. Klar ist aber: Die deutschen Truppen begingen damit den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts. Sie wüteten jedoch auch in anderen Kolonien. Weniger bekannt als der Völkermord an den Herero und Nama ist etwa ihr Wüten im heutigen Tansania. Nach dem ersten Krieg, der erwähnten angeblichen humanitären Intervention gegen Sklavenhändler, unternahmen die deutschen Truppen immer wieder sogenannte Strafexpeditionen, um Land zu erobern und Handelswege unter Kontrolle zu bekommen. Sie beschossen dabei zivile Siedlungen, brannten Dörfer nieder, ermordeten Männer und ältere Menschen, verschleppten Frauen zur Zwangsarbeit oder als Sexsklavinnen – Methoden, die schon die sogenannte Aufstandsbekämpfung späterer Phasen der deutschen Geschichte erahnen lassen. 1905 schlugen die deutschen Truppen einen breit getragenen Aufstand im Maji-Maji-Krieg nieder. Ihre »Strategie der verbrannten Erde« hat in Ostafrika sogar noch mehr Menschen das Leben gekostet als der Genozid in Deutsch-Südwest. Genannt wird heute die Zahl 180.000, der tansanische Historiker Gilbert Gwassa geht sogar von 250.000 bis 300.000 Todesopfern aus. Das wäre ein Drittel der Gesamtbevölkerung im damaligen Kriegsgebiet.

Keine Entschädigung

Was man nun mit Blick auf diese wahn sinnigen Mordbrennereien erwarten könnte, ist doch zumindest, dass die reiche Bundesrepublik den Nachkommen der Opfer Entschädigung zahlt. Hinzu kommt, dass der Genozid in Namibia und die Strategie der verbrannten Erde in Tansania die Chancen der beiden Länder auf eine gedeihliche Entwicklung ganz erheblich verschlechtert haben. Ohne weitere Ursachen abstreiten zu wollen, die dazu geführt haben, dass die beiden Länder heute zu den ärmeren der Welt gehören, muss man doch festhalten: Der Rechtsvorgänger der Bundesrepublik hat einen kräftigen Beitrag dazu geleistet. Obwohl in Namibia seit den 1990er Jahren und inzwischen auch

in Tansania gefordert wird, Deutschland müsse jetzt endlich Entschädigungen zahlen, hat sich bislang noch jede Bundesregierung geweigert, das zu tun. Dies führte gelegentlich zu absurden Praktiken. Ein Beispiel aus dem Jahr 2004: Damals fand in Namibia eine große Gedenkveranstaltung zum 100. Jahrestag des Völkermords statt. Die damalige Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) hielt eine Rede, und es stand die Erwartung im Raum, sie würde sich als Vertreterin der deutschen Regierung nun endlich für die Kolonialverbrechen entschuldigen. Da aber schlug die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Alarm, denn eine Entschuldigung kann als Schuldeingeständnis gewertet werden, was wiederum eine Entschädigungspflicht nach sich ziehen kann. Wieczorek-Zeul bat also in ihrer Rede »um Vergebung unserer Schuld«, fügte aber ausdrücklich hinzu, sie wolle dies »im Sinne des gemeinsamen ›Vater unser‹« verstanden wissen. Gebete haben bekanntlich keine Rechtsfolgen.

Die Bundesregierung weigert sich bis heute, Entschädigung zu zahlen. Inzwischen gibt sie sich nach außen jedoch geläutert. So erklärt sie mittlerweile, sie sei vielleicht sogar zu einer Entschuldigung bereit, verlangt aber im Gegenzug, dass Namibia zuvor explizit auf Geldforderungen verzichten und sich mit der Einrichtung einer »Zukunftsstiftung« zufriedengeben solle. Diese »Zukunftsstiftung« soll dann ein paar Entwicklungsprojekte betreiben – etwa Herero-Dörfer mit deutschen Solaranlagen ausstatten – und vor allem die sogenannte Erinnerungskultur fördern, sprich Publikationen über die deutsche Kolonialzeit oder Gedenkstätten finanzieren. Man kennt das alles auch aus dem Kampf um deutsche Entschädigungen für griechische und italienische Opfer von NS-Massakern. »Erinnerungskultur« nach diesem Muster ist für den deutschen Staat sehr vorteilhaft: Sie ist – ganz im Unterschied zu Entschädigungen – billig, sie schafft ein paar Projektstellen für deutsche Historiker und Museumspädagoginnen. Darüber hinaus macht sie nach außen einen guten Eindruck. Zum Glück lassen sich die Herero damit aber nicht abspesen. Sie haben vor einem New Yorker Gericht geklagt. Der derzeit noch laufende Prozess droht aber leider zu scheitern, weil es sich als unmöglich erweist, die Klageschrift an die Bundesregierung zu überstellen. Verfahrenstechnisch muss sie dem Justizsenator des rot-rot-grünen Berliner Senats übergeben werden. Der verweigert die Annahme jedoch, unter Berufung darauf, dass Staaten nicht von Privatpersonen vor ausländischen Gerichten verklagt werden dürften.

Von einem Staat, der so mit seiner Kolonialvergangenheit umgeht, eine Besserung der Verhältnisse zu erwarten – das ist, vorsichtig gesagt, eine steile These. Auch die gegenwärtige deutsche Afrikapolitik bietet hierfür keinen Anlass. Sie wird schließlich von eigenen Interessen geleitet. Dabei spielt die Ökonomie eine zentrale Rolle. Wo die Interessen des deutschen Kapitals in Afrika liegen, hat vor drei Jahren das nicht gerade als imperialismuskritische Institution bekannte Statistische Bundesamt untersucht. Es hat seine Analyse aber mit einem vertraut klingenden Motto überschrieben: »Industrieprodukte für

Die deutsche Industrie bezieht aus Afrika vor allem Rohstoffe und nutzt den Kontinent als Absatzmarkt. Im Kern ist das alles nicht so anders als zu kolonialen Zeiten.

trieben. Berlin hat dazu im Rahmen der G 20 ein Programm namens »Compact with Africa« verabschieden lassen, das die Zusammenarbeit wohlhabenderer Staaten wie etwa Deutschland mit zumindest einigen afrikanischen Ländern deutlich intensivieren soll. Die miserablen Verhältnisse, die immer mehr Menschen auf die Flucht treiben, sollen endlich angepackt werden: So lautet die Botschaft, die das politische Establishment lauthals verbreitet.

Wenn man sich mit Menschen unterhält, die – anders als das Politestablishment – keine PR betreiben, sondern ernsthaft darüber nachdenken, wie sich die Verhältnisse in den Ländern Afrikas verbessern lassen könnten, dann hört man manchmal die Überlegung, eine engere Zusammenarbeit afrikanischer Staaten mit Deutschland könne dazu beitragen. Wieso? Ganz einfach: Viele Menschen, die sich mit Afrika beschäftigen, haben so ihre Erfahrungen mit dem neokolonialen Netzwerk Frankreichs gemacht, das viele Länder der »Françafrique«, also die ehemaligen französischen Kolonialgebiete auf dem Kontinent, immer noch fest im Würgegriff hält. Das bringt immer wieder den Gedanken hervor, es könne doch vielleicht besser sein, mit Deutschland zu kooperieren, weil Berlin seine früheren Kolonien bekanntlich schon nach dem

Industrie Absatzmärkte öffnen, um die Produktion und damit den Reichtum des nationalen Kapitals immer weiter steigern zu können – und man wollte für auswanderungswillige Siedler, die zugleich die dauerhafte Kontrolle über die Kolonien herstellen sollten, Land gewinnen.

Völkermord

Schon Ende der 1880er Jahre kam es zum ersten Kolonialkrieg im damaligen Deutsch-Ostafrika. Die deutschen Kolonialisten hatten es ziemlich rasch geschafft, mit ihrem selbstherrlichen, oft auch brutalen Auftreten Konflikte mit den einheimischen Eliten, aber auch mit breiteren Teilen der ostafrikanischen Bevölkerung zu provozieren. Ab 1888 organisierte sich Widerstand. Seine Niederschlagung ist im Reich als – heute würde man sagen: humanitäre Intervention verkauft worden. Dies war deshalb problemlos möglich, weil zu denjenigen, die sich erhoben, auch Sklavenhändler gehörten. Kolonialpropagandisten haben damals in öffentlichen Versammlungen den fürchterlichen Terror der Sklavenhändler in den schrecklichsten Farben geschildert. Der Sache nach vollkommen zu Recht. Das Ergebnis war, dass empörte Bürger etwa nach einer Veranstaltung im Kölner Festsaal Gürzenich am 27. Oktober 1888 energisch die sofort

ANZEIGE

Kurt Gossweiler „Wie konnte das geschehen?“ Dreibändige Sammlung

Erster Band: Beiträge zu Faschismus- und Revisionismusanalyse
ISBN 978-3-9818899-1-8, 330 Seiten, 16,- Euro

Zweiter Band: Analysen zu geschichtlichen Ereignissen
ISBN 978-3-9818899-2-5, 310 Seite, 16,- Euro

Dritter Band: Briefe, Reden, Kritiken, Repliken und Nachrufe
ISBN 978-3-9818899-3-2, 350 Seiten, 16,- Euro

Herausgeber: KPD, offen-siv, GRH, Deutscher Freidenker-Verband, Eulenspiegel-Verlag

Erhältlich im Kleinen Buchladen, Karl-Liebknecht-Haus, Berlin, oder direkt bei offen-siv,
Tel/Fax: 05572 – 999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com

offen-siv

Rohstoffe«. Genauso ist es auch: Die deutsche Industrie bezieht aus Afrika vor allem Rohstoffe und nutzt den Kontinent als Absatzmarkt. Im Kern ist das alles nicht so anders als zu kolonialen Zeiten.

Ins Hintertreffen geraten

Man muss allerdings schon ein bisschen genauer hinsehen, wenn man verstehen will, welche Rolle Afrika für die deutsche Wirtschaft heute spielt. Stichwort Rohstoffe: Erdöl und Erdgas bezieht die BRD nur zu zehn Prozent aus afrikanischen Ländern. Der größte Teil kommt aus Russland, Norwegen, den Niederlanden, Großbritannien und Kasachstan. Die für die Industrie wichtigen Metallerze werden nur zu 14,7 Prozent aus Afrika bezogen, größere Mengen stammen etwa aus Südamerika. Neulich hat der Bundesverband der Deutschen Industrie Alarm geschlagen, weil angeblich Rohstoffe für Zukunftstechnologien knapp würden. Worum ging es genau? Zum Beispiel um Lithium für Elektroauto-batterien oder um Graphit. Lithium wird aktuell zu 75 Prozent in Australien und Chile gefördert, Graphit zu 70 Prozent in China. Das Gesamtbild zeigt: Die deutsche Industrie hat zwar durchaus ein Interesse an Rohstoffen aus Afrika, überwältigend ist es allerdings nicht.

Ähnlich genau hinsehen muss man bei Afrikas Rolle als Absatzmarkt. Der Kontinent ist, sieht man von den sogenannten Eliten und den nur mäßig wohlhabenden Mittelschichten ab, bitter arm. Folglich kann man dort nicht viel verkaufen – schon gar nicht, wenn man teure Oberklasseautos und kostspielige Markenprodukte herstellt. Dieser Zustand hat dafür gesorgt, dass die deutschen Exporte nach Afrika in den vergangenen Jahrzehnten an Bedeutung verloren haben. Gingen 1954 noch sechs Prozent der deutschen Ausfuhren auf den Kontinent, so waren es 1970 nur noch 4,3, 1990 nur noch 2,4 und im Jahr 2000 sogar nur noch 1,8 Prozent. Inzwischen stagnieren die Ausfuhren bei zwei Prozent des deutschen Gesamtexports. Das unternehmerische München Ifo-Institut schrieb dem Kontinent vor zwei Jahren eine nur noch »marginale Bedeutung« als Absatzmarkt zu. Dies gilt umso mehr, als über ein Drittel der deutschen Exporte ausschließlich nach Südafrika ging, rund ein weiteres Drittel allein nach Ägypten und Algerien. Auf die restlichen mehr als 50 Länder entfiel also nur ein Drittel der ohnehin »geringen« deutschen Ausfuhren nach Afrika.

All diese Zahlen entsprechen, wenn man so will, dem weitgehenden Desinteresse an Afrika, das in Deutschland verbreitet ist. Politstrategen sind damit in jüngster Zeit allerdings sehr unzufrieden. Das liegt vor allem daran, dass in nicht wenigen afrikanischen Ländern die Wirtschaft spürbar wächst. Deutsche Unternehmen profitieren bisher nur wenig davon. Ihr Anteil an den afrikanischen Einfuhren ist von 14 Prozent im Jahr 1992 auf fünf Prozent im Jahr 2013 eingebrochen. Großer Gewinner der Entwicklung in den vergangenen zwei Jahrzehnten ist China, der heute mit Abstand wichtigste Handelspartner Afrikas. Die BRD ist auf dem Kontinent, was ihre ökonomische Bedeutung angeht, weit hinter ihren großen ostasiatischen Konkurrenten zurückgefallen. Das ist für die deutsche Politik, die um jeden Preis eine führende Rolle in der Welt spielen will, ein echtes Problem. Was bleibt zu tun? Klar: deutsche Investitionen in Afrika fördern.

Wettbewerb um Einflussgebiete

Genau darum bemüht sich die Bundesregierung recht intensiv. So hat das Wirtschaftsministerium im vergangenen Jahr



CHRISTIAN WANG

eine Initiative unter dem Label »Pro! Afrika« gestartet. Diese soll private Investitionen auf dem Kontinent unterstützen. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) geht mit einem »Marshallplan mit Afrika« hausieren, der die »Rahmenbedingungen« für »private und öffentliche Investitionen« verbessern soll. Darüber hinaus hat Berlin während seiner G-20-Präsidentschaft ein vom ehemaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) entwickeltes Programm mit dem Namen »Compact with Africa« verabschieden lassen. Dieses sieht vor, dass sich einzelne Staaten Afrikas mit einzelnen Ländern der G 20 zusammentun und in unmittelbarer Absprache mit ihnen, »die Bedingungen für Privatinvestitionen verbessern«. In die Verhandlungen sollen auch der Internationale Währungsfonds und die Weltbank einbezogen werden – den heiklen Job, Sozialkürzungen zu erzwingen, kann man also ganz bequem an sie auslagern.

Deutschland hat sich im Rahmen des »Compact with Africa«-Programms mit Tunesien, Ghana und Côte d'Ivoire zusammengeschlossen, um Investitionen in diesen Ländern zu fördern. Dass die Wahl unter anderem ausgerechnet auf Côte d'Ivoire fiel, ist aufschlussreich. Dort hat Frankreich Anfang 2011 mit einem Militäreinsatz den bekennenden Neoliberalen Alassane Ouattara an die Macht gebracht. Die Bedingungen könnten also günstig sein. Sie sind es aber nicht. Denn in dem westafrikanischen Land lässt Paris wie auch sonst in der Françafrique nach Möglichkeit nichts anbrennen. Die neokolonialen Netzwerke machen für Konkurrenz aus anderen Staaten nach Kräften dicht. Das »Compact«-Programm soll dem deutschen Kapital nun helfen, endlich in Frankreichs »Pré carré«, seinem afrikanischen »Hinterhof«, Fuß zu fassen. Côte d'Ivoire ist dafür attraktiv: Das Land gilt als Wirtschaftszentrum der französischsprachigen Staaten Westafrikas. Es bietet also selbst gute Chancen zum Geschäftemachen, und über den Hafen der Hauptstadt Abidjan, einen der größten Westafrikas, lassen sich Länder wie Burkina Faso, Mali, Niger oder Togo gut erschließen. Der Kampf mit Frankreich um Einflusszonen ist schon lange ein Faktor, der auch die deutsche

Militärpolitik in Afrika prägt. Aktuell bezeichnet die Bundeswehr den Kontinent, beziehungsweise dessen nördliche Hälfte, als einen Schwerpunkt ihrer Einsatzfähigkeit.

Machtverschiebung in der EU

Wie kam es dazu, dass deutsche Soldaten heute in großer Zahl in Mali stehen, das doch zur Françafrique gehört? Das hat vor allem mit zwei Ursachen zu tun. Die eine davon liegt in Europa. Dort hat sich in den ersten beiden Jahren der Euro-Krise die Machtfrage geklärt, ob letztlich Berlin oder Paris das Sagen hat. Der politische Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur *Reuters* in Berlin formulierte es Anfang 2011 in der Fachzeitschrift *Internationale Politik* so: »Das Jahr 2010 hat eine strukturelle Frage in der EU geklärt: (...) Deutschland (ist) als größte Volkswirtschaft endgültig in die zentrale Rolle der Union geschlüpft. Überspitzt ausgedrückt: Merkel ist (...) längst nicht mehr nur Deutschlands, sondern auch »EU-Kanzlerin.«

Seitdem ist es prinzipiell denkbar gewesen, deutsche Soldaten in die Françafrique zu entsenden, damit aber nicht französische Interessen zu bedienen, sondern sich dort eine eigene Machtposition aufzubauen. Der erste langfristige Bundeswehr-Einsatz in Paris' »Hinterhof« ist dann der in Mali geworden. Bereits in dessen erstem Jahr – das war 2013 – reiste Malis Präsident Ibrahim Boubacar Keïta nach Berlin, um dort mit der Kanzlerin über den Ausbau der Zusammenarbeit zu sprechen. Er verkündete damals, er sei »sehr glücklich«, dass die BRD »in Mali den diplomatischen Code 001 genießt«. Allen, denen nicht klar war, was das bedeuten sollte, erläuterte er, dies bedeute »in unserer Diplomatsprache, dass Deutschland auf internationaler Ebene das wichtigste Partnerland ist.«

Militarisierung der Sahelzone

Wieso eigentlich Mali? Die Lage im Norden des Landes ist für die Bevölkerung tatsächlich nur schwer zu ertragen gewesen, nachdem dort 2012 unter anderem Dschihadisten die Macht übernommen hatten. Natürlich aber zieht das deutsche Militär nicht zum Schutz von Menschenleben in den Krieg, son-

dern für deutsche Interessen. Letztere gilt es aus Sicht der herrschenden Kreise tatsächlich in der Sahelzone zu verteidigen. Dabei geht es um zweierlei. Zum einen sollen die Dschihadisten, die den Sahel unsicher machen, zumindest auf Trab gehalten werden, damit sie nicht anfangen, europäische Ziele anzugreifen. Zum anderen ist die Region die Transitzone, die afrikanische Flüchtlinge durchqueren müssen, wenn sie ans Mittelmeer und weiter nach Europa wollen. Wer die Sahelzone kontrolliert, hat die Chance, sie zu stoppen. Die Bundesregierung fördert die Flüchtlingsabwehr in Afrika auf verschiedenen Ebenen: Sie unterhält sogenannte Polizeiprogramme, mit denen einheimische Grenzpolizisten trainiert werden. Berlin fördert die technologische Hochrüstung von Grenzanlagen und über die EU stärkt die Bundesrepublik nicht nur die libysche Küstenwache, sondern sorgt auch dafür, dass Flüchtlinge von dort wieder in ihre subsaharischen Herkunftsländer abgeschoben werden. Flüchtlingsabwehr ist zu einem weiteren Schwerpunkt der deutschen Afrikapolitik geworden. In diesen Kontext reiht sich auch die Militarisierung der Sahelzone mit Hilfe der Bundeswehr ein.

Offiziell heißt es immer, man wisse genau, dass man eigentlich die Fluchtursachen bekämpfen muss, wenn man die Massenflucht nach Europa stoppen will. Wollte man dies tatsächlich angehen, müsste Afrika schnellstens ökonomisch auf die Beine geholfen werden. Man könnte zum Beispiel damit anfangen, dass man den Opfern kolonialer Verbrechen wenigstens halbwegs angemessene Entschädigungen zahlt. Man müsste dann aber weitermachen und den Kontinent nicht mehr nur als Rohstoffquelle und Absatzmarkt behandeln. Statt dessen müsste man ihm beim Aufbau einer eigenen kraftvollen Wirtschaft helfen. Glaubt aber irgend jemand ernsthaft, dass die deutsche Industrie bereit wäre, auf ihre Profite in Afrika zu verzichten? Wohl kaum. Unter den gegebenen imperialistischen Verhältnissen ist ein solches Szenario schlechterdings nicht denkbar. Die zentralen Fluchtursachen abschaffen hieße also auch, dem Kapitalismus den Kampf anzusagen. Das freilich ist keine Aufgabe für irgendeine Bundesregierung – das ist eine Aufgabe für uns.

Jörg Kronauer lebt und arbeitet in London. Er ist Sozialwissenschaftler, freier Journalist und Redaktionsmitglied von www.german-foreign-policy.com.

Von ihm erscheint im März im Kölner Papy-Rossa-Verlag »Meinst Du, die Russen wollen Krieg? Die USA, Deutschland und der zweite Kalte Krieg«

Mumia Abu-Jamal ist Journalist und Bürgerrechtler. Seit 1981 ist er inhaftiert, 2011 wurde die gegen ihn verhängte Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Aktuelle Infos unter: www.freiheit-fuer-mumia.de Eine gekürzte Fassung erschien in *iW* vom 15.1.2018

Übersetzung: Bundesweites Free-Mumia-Netzwerk

Gabriele Henning trägt die Grußbotschaft vor

Kämpfe des schwarzen Amerika

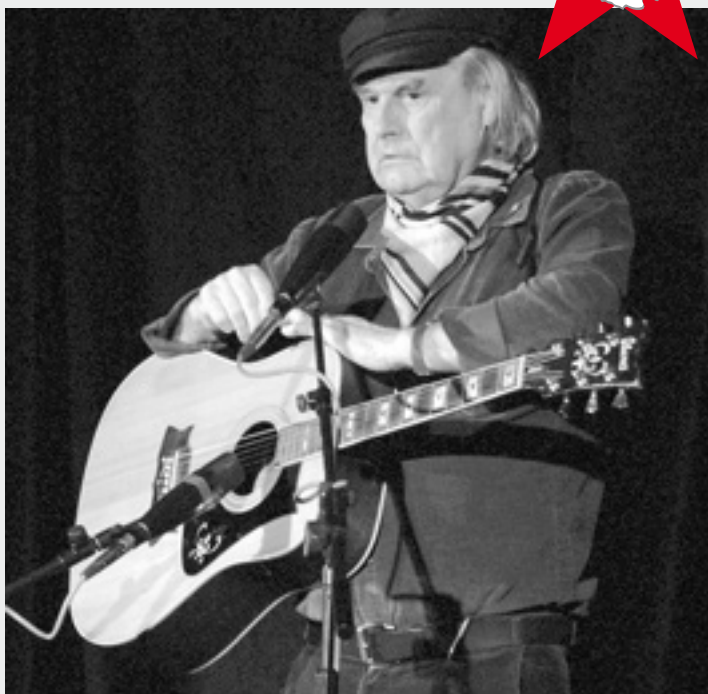
Grußbotschaft von Mumia Abu-Jamal

Liebe Freunde auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz: Wie geht es euch? Guten Tag! Ich möchte an dieser Stelle Einblicke in Kämpfe des schwarzen Amerika geben, von denen einige uns Hoffnung geben, dass angesichts des Systems der staatlichen Unterdrückung und Gewalt gegen Schwarze derzeit neue Formen des Kampfes entstehen.

Erstens hat die von drei nichtweißen jungen Frauen gegründete Bewegung »Black Lives Matter« die Aufmerksamkeit von jungen Aktivisten in den gesamten USA auf sich gezogen und das Augen-



Wo Ferien noch Ferien sind – auf dem Hollerhof



Die Stiftung kultureller Förderung und Bewahrung des Lebenswerkes von Dietrich und Christel Kittner betreibt den Hollerhof im Sinne der Kittners weiter. Sie fördert kulturelle Initiativen und vermietet die Ferienwohnungen an der slowenischen Grenze in der Südoststeiermark.

Rundum Natur pur – viel Ruhe • Radlerparadies • zwei Thermalbäder 4 km entfernt • 3 komfortable Ferienwohnungen (93 bzw. 63 qm) für 2–5 Personen mit Kittners Bibliothek von etwa 10 000 Büchern

Anfragen, Buchungen und Nachrichten:

Christel und Dietrich Kittner-Stiftung
Dedenitz 6, A-8490 Bad Radkersburg (Österreich)
Telefon: (00 43) 34 76 2 05 25
E-Mail: hollerhof@hollerhof.at

Internet: <https://hollerhof.at>

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT

Wontae Kim

Rekonstruktion des Marx'schen Arbeitsparadigmas: Wesen, Gesellschaftsverhältnisse, Fetischismus

2017 - 465 Seiten - 45,00 €
ISBN: 978-3-89691-114-8

Arbeit, Kapitalismus und ihr Zusammenhang tauchen wieder als die Hauptthemen in der Zeit der sog. vierten industriellen Revolution auf. Wontae Kim richtet dabei sein Augenmerk auf das Projekt, mit dem Marx Arbeit, Kapitalismus und ihren Zusammenhang gesellschaftstheoretisch und kritisch analysiert.



WWW.DAMPFBOT-VERLAG.DE

merk der Öffentlichkeit auf den staatlichen Terrorismus der US-Polizei und ihre Gewalttätigkeit gegen Schwarze gelenkt. Überraschenderweise nahmen an vielen der Demonstrationen von »Black Lives Matter« ebenso viele weiße Aktivisten teil wie schwarze.

Aber diese Bewegung geht weit über Demonstrationen hinaus. In mindestens drei US-amerikanischen Städten, Sanford in Florida, Chicago in Illinois und Philadelphia in Pennsylvania, haben Aktivisten von »Black Lives Matter« eine entscheidende Rolle bei der Entlassung oder Auswahl örtlicher Staatsanwälte gespielt. Sie sorgen in den Kommunen für Veränderungen. Sie haben gegen Politiker protestiert, Sitzstreiks an Versammlungsorten der Polizei-»Gewerkschaften« organisiert und die Politik dazu gezwungen, die Namen und die Fälle von Menschen öffentlich zu machen, die von Einsatzkräften getötet wurden.

Zweitens entwickelt sich besonders im Süden eine Bewegung gegen die politische Rechte. Geführt von einem Prediger, Pastor William Barber, hat sie sich bewusst auf das gestützt, was Barber als »Fusionspolitik« bezeichnet hat. Das heißt, auf pragmatische Koalitionen, die die Trennlinien von »Rasse«, Ethnie, Klasse und Geschlecht überschreiten. Sie hat besitzlose Arbeiter gewerkschaftlich organisiert und für wirtschaftliche Rechte gekämpft.

Pastor Barber hat ein Buch geschrieben: Es trägt den Titel »The Third Reconstruction«. Er verweist auf die Epoche nach dem US-Bürgerkrieg, die Ära der Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren und natürlich auch auf die Jetztzeit, in der Menschen mittels der erwähnten »Fusionspolitik« versuchen, den Aufstieg der Rechten im gesamten Land zurückzudrängen.

Barber zufolge brennen Menschen überall im Süden der USA darauf, sich dieser multiethnischen, multikulturellen und an etlichen Fronten kämpfenden Bewegung anzuschließen. Er selbst ist ein Anhänger des ermordeten Martin Luther King. Seine Bewegung orientiert sich ganz klar an der Bürgerrechtsbewegung, deren bedeutendste Figur King war. Sie ist aber auch das Resultat der schrecklichen Geschichte der USA. Einer Geschichte von Sklaverei, Brutalität und wirtschaftlicher Ausbeutung von epischem Ausmaß. Wir sehen die rasche Entstehung sozialer Bewegungen überall im schwarzen Amerika, die jedoch nicht einheitlich sind.

Die Jungen, die ungeduldig einen sofortigen Wandel verlangen, stürzen sich förmlich in »Black Lives Matter«. Erwachsene im mittleren Alter, besonders die, die eher religiös sind, fühlen sich von dem an King orientierten »Moral Mondays Movement« angezogen, welches schon die Unterstützung von Zehntausenden gewinnen konnte. Beide Bewegungen spiegeln eine tiefe Unzufriedenheit mit dem Status quo in den heutigen USA mit ihren schreienden Widersprüchen wider. Gleichzeitig reflektieren diese Unterschiede auch die Realität in der schwarzen Community, und zwar sowohl im Norden, wo »Black Lives Matter« dominiert, als auch im Süden, wo die »Moral Mondays Movements« überwiegen. Beiden gemeinsam ist jedoch noch etwas, was in den 1960ern noch nicht so klar ersichtlich war: Inzwischen haben sich weiße, asiatische, lateinamerikanische, muslimische, jüdische, schwule und lesbische Aktivistinnen und Aktivisten dieser Bewegung angeschlossen, die doch ursprünglich aus dem Kampf und der Qual von Schwarzen entstand.

Die multikulturellen Verbündeten, Unterstützerinnen und Unterstützer verhelfen diesen Bewegungen zu stärkerer Anziehungskraft, größerer Glaubwürdig-

keit und mehr Gewicht. In den Sozialwissenschaften in den USA ist derzeit der Begriff der Intersektionalität das heiße Thema. Die Bewegungen haben diese Theorie übernommen und setzen sie nun in die Praxis um.

Bemerkenswert ist auch, dass wir diese Bewegungen jetzt, im Nachgang der Ära von Präsident Barack Obama, wachsen und erstarken sehen. Tatsächlich war »Black Lives Matter« schon in der letzten Phase von Obamas Präsidentschaft sehr aktiv. Mit der Wahl Trumps ist die Bewegung aber noch einmal stärker geworden. Wir sollten dabei jedoch nicht übersehen, dass viele Teilnehmer auch schon der Weigerung Obamas, sich ihrer wichtigsten Anliegen wirklich anzunehmen, sehr kritisch gegenüberstanden. Sie zeigten auch sehr wenig Begeisterung für die Option einer neoliberalen Präsidentschaft Hillary Clintons. Insbesondere nachdem Videos von ihr auftauchten, in denen sie schwarze und Latinojugendliche als »Superraubtiere« bezeichnete, die man wie Hunde »gefügt machen« müsse. So sehen die Alternativen in den heutigen Vereinigten Staaten von Amerika aus!

Vielen Dank! Auf Wiedersehen!
Hier spricht Mumia Abu-Jamal.

ANZEIGE

Aus der Geschichte lernen!

Für eine Politikwende!



Ein Buch für Jüngere und Ältere, die durch die Augen und durch die Stimmen der Gegenwart mehr über die NS- »Euthanasie« erfahren möchten.

ISBN 978-3-88864-551-8 • 2017 • 170 S. • 14,80 €



Das Buch bietet für alle Akteure und Interessierte fundierte, umfassende Argumente für die notwendige Politikwende auch in der Verkehrspolitik.

ISBN 978-3-88864-552-5 • 2017 • 234 S. • 17,80 €

VAS-VERLAG
WISSENSWERTES &
BÜCHER MIT BISS
www.vas-verlag.de

VAS-Verlag • Altkönigstr. 32
61350 Bad Homburg v.d.H.
Tel.: 06172-6811-656 • Fax: -657
E-Mail: info@vas-verlag.de

Am 17. Februar findet in München die sogenannte Sicherheitskonferenz statt. Könnt ihr sie nicht ein für allemal dichtmachen, so dass die Bourgeoisie einfach woanders hin muss.

Walter Listl: Es kommt darauf an, wie viele von euch nach München kommen.

Ich glaube nicht, dass es nur an der Menge liegt.

Listl: Auch. Aber uns ist es zunächst wichtig, darauf hinzuweisen, dass es sich bei der Bezeichnung Sicherheitskonferenz, um eine Einwortlüge handelt. »Sicher« an dieser Konferenz ist nur, dass es sich dabei um eine Zusammenrottung von Waffenhändlern, Kriegsstrategen und deren politischen Helfershelfern – viele davon mit Korruptionshintergrund – handelt. Deswegen gehen wir seit 20 Jahren gegen diese Konferenz auf die Straße. Wir werden es auch am 17. Februar wieder so machen.

Wie ist so eine Konferenz überhaupt möglich, wenn einige der Teilnehmer in ihren Ländern von der Polizei gesucht werden?

Listl: Das hängt damit zusammen, dass diese Leute die offizielle Politik der NATO und von deren Mitgliedsstaaten vertreten. Für unser Bündnis – etwa 80 bis 90 Organisationen haben den Aufruf zur Demonstration unterschrieben – ist eines klar: Wir gehen davon aus, dass wir in einer Vorkriegszeit leben. Die NATO rückt bis an die Westgrenze Russlands vor. Die Atomwaffen werden nicht abgeschafft, sondern modernisiert und renoviert. Deutschland befeuert mit seinen Waffenexporten überall in der Welt die Kriege, und der Konflikt zwischen den USA und Nordkorea droht zum Atomkrieg zu werden. Deswegen sagen wir: Es ist dringend notwendig, dass so eine Konferenz nicht ungestört über die Bühne geht. Deswegen gehen wir auf die Straße und laden euch alle dazu ein.

Wo trifft man sich am 17. Februar in München?

Listl: In der Innenstadt am Stachus (Karlsplatz). Von dort startet um 13 Uhr eine große Demonstration und gleichzeitig wird es eine Protestkette, eine Menschenkette, durch die Fußgängerzone geben. Mit diesen beiden Aktionen wird der Tagungsort der »Sicherheitskonferenz« quasi umzingelt. Und es findet gegen 15 Uhr eine Abschlusskundgebung auf dem Marienplatz statt.

Ich hoffe, dass viele von euch dann dabei sind. Barbara, du vertrittst hier auf der Konferenz die Initiative »Abrüsten statt Aufrüsten«. Euer Aufruf wurde bereits von mehreren tausend Leuten unterschrieben. Im Aufruf steht, dass ein neuer kalter Krieg droht. Das finde ich eigentlich gar nicht. Die NATO-Panzer stehen, wie Walter anmerkte, bereits kurz vor der russischen Grenze. Da kann man ja nicht sagen, dass ein neuer kalter Krieg droht. Eigentlich sind wir ja schon kurz vor dem ersten Schuss.

Barbara Majd Amin: Aber bevor es soweit ist, ist sehr wohl Aufrüstung angesagt. Und das, was wir bereits aus kalten Kriegzeiten kennen: Konfrontation dicht an der Kriegsgrenze. Ich will ein bisschen mehr dazu sagen. Es gibt oft die Frage: Ist das eure schärfste Waffe, die Unterschriften-



Walter Listl (l.), Barbara Majd Amin (im Hintergrund) und Dr. Seltsam auf der Bühne der Rosa-Luxemburg-Konferenz

»Zusammenrottung von Kriegsstrategen«

Am 17. Februar wird in München gegen die »Sicherheitskonferenz« protestiert. Ein Gespräch mit Walter Listl und Barbara Majd Amin

sammlung? Deswegen beginne ich erst mal damit, den Hintergrund etwas zu erklären. Seit 2014 ist völlig klar, dass die Bundeswehr nicht nur ihre Auslandseinsätze macht wie bisher, sondern massiv aufgerüstet werden soll. 2014 wurde in Wales, zur Zeit der US-Präsidentschaft von Barack Obama, auf dessen Drängen hin beschlossen, dass alle NATO-Mitgliedsstaaten zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für die Rüstung ausgeben sollen.

Das ist unter Obama schon beschlossen worden?

Majd Amin: Unter Obama und auf sein Drängen hin. Das lief unter dem Lügenwort: »Lastenverteilung«. Als würde man irgendwelche Lasten fair verteilen. Statt dessen lädt man Lasten auf die armen Völker, die vom Krieg bedroht sind. Bei diesen zwei Prozent des BIP haben alle erst mal gestutzt. Sie klingen wie »Peanuts«. Zwei Prozent des BIP bedeuten in den nächsten vier Jahren jedoch eine jährliche Steigerung, bis die Rüstungsausgaben doppelt so hoch sind wie jetzt. Von derzeit 37 Milliarden auf dann 75 Milliarden Euro. Diese Summe ist für die Aufrüstung der Bundeswehr. Sie wird im Bundeshaushalt den anderen Ressorts fehlen. Uns ist doch klar: Wer die Schuldenbremse vereinbart hat und sich auch daran hält, der wird

irgendwo Finanzmittel streichen müssen. Oder es wird auf weitere Privatisierungen hinauslaufen – mit der Begründung, man habe leider kein Geld für öffentliche Aufgaben. Das Zwei-Prozent-Ziel wird nicht nur solch fatale Folgen nach sich ziehen, sondern vor allem auch die Kriegsgefahr erhöhen. Es wird dazu führen, dass die BRD die Nummer zwei in der NATO wird, was die Militärausgaben angeht – noch vor Frankreich und Großbritannien – und in der EU sogar die Nummer eins. Nicht nur ökonomisch, was sie jetzt schon ist, sondern eben auch militärisch. So wird der deutsche Imperialismus gestärkt. Das können wir nicht zulassen, und deswegen beginnen wir mit einem Aufruf, der etwas allgemeiner formuliert ist, um möglichst viele Menschen anzusprechen.

Aber reicht das Sammeln von Unterschriften, um etwas zu bewegen?

Majd Amin: Als Voraussetzung dafür, dass wir irgendwann mal den Bundestag und das Bundeskanzleramt zu Hunderttausenden umzingeln können, müssen wir eben mit derartigem beginnen. Das verlangt, dass wir mit den Menschen sprechen und das Thema bekanntmachen. Viele wissen überhaupt nicht, was auf uns zukommt. Im ersten Anlauf ging es sehr schnell, es gelang uns, online etwa

15.000 Unterschriften zu sammeln. Das ist nun vorbei. Ich bitte euch deshalb: Nehmt Listen mit und sammelt Unterschriften! Wenn jeder einzeln unterschreibt, ist das gut, aber wenn jeder zehn Unterschriften sammelt, kommen wir bald auf hunderttausend Unterzeichner. Das ist wie gesagt ein erster Schritt. Auch online kann man weiter unterschreiben, unter »abruesten.jetzt« findet man alles.

Ihr habt ganz viele Unterzeichner aus den Gewerkschaften. Was ist mit den Arbeitern in den Rüstungsfirmen, die ihren Job nicht verlieren wollen? Wie schafft ihr das, mit eurem Anliegen in neue soziale Gruppen vorzudringen, die bisher gesagt haben: Mein Häuschen ist mir wichtiger, was interessieren mich Abrüstung und Frieden.

Majd Amin: Das hängt von den Kontakten ab. In den Gewerkschaften tut sich was. Es gibt eine gute Diskussion in der IG Metall zum Thema Rüstungskonversion. Wir haben entsprechende GEW-Beschlüsse, die sich gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO richten und statt dessen fordern, das Geld in die sozialen Bereiche zu investieren. Auch Verdi hat gute Beschlüsse. Der Anfang ist gemacht, und dann muss man die Diskussion eben verbreitern.

Das Gespräch führte Dr. Seltsam

Walter Listl ist aktiv im »Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz«, das für den 17. Februar (13 Uhr) zu Protesten gegen die Kriegstagung in München aufruft.

Barbara Majd Amin unterstützt die Initiative »Abrüsten statt aufrüsten«.

Informationen unter: www.sicherheitskonferenz.de www.abruesten.jetzt

Drei Wochen lang:
Gratis lesen*

*** Und hier das Kleingedruckte:**
Kostenlos! Unverbindlich!
Endet automatisch!
Muss nicht abbestellt werden!
Einfach zum jW-Kennenlernen!



Probeabo jetzt bestellen unter
www.jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 00 49 30/53 63 55-50

Ding Xiaoguo ist Professor an der Shanghai University of Finance and Economics sowie Generalsekretär der World Association for Political Economy.

Übersetzung aus dem Englischen: Jens Rassmann

Sebastian Carless (l.) und Arnold Schölzel (r.) von der jungen Welt gemeinsam mit dem Referenten.

Zur Zeit ist die chinesisch-afrikanische Wirtschaftskooperation ein wichtiges Forschungsthema inner- und außerhalb Chinas. Chinesische Akademiker glauben, dass die schnelle Zunahme des Wirtschaftsumfanges und des Handelsvolumens zwischen China und Afrika die Triebkraft für Chinas wirtschaftliche und strategische Globalisierung ist. Sie stellen aber auch fest, dass mit der Vertiefung unweigerlich politische, kulturelle und soziale Konflikte zwischen beiden Parteien auftreten. Es ist daher wichtig, diesen Themen Beachtung zu schenken. Ausländische Akademiker sind der Meinung, dass China in den Jahren seit dem Kalten Krieg in Afrika viel Hilfe geleistet und vieles erreicht habe. Sie sind allerdings auch der Ansicht, der kurzfristige, positive Einfluss Chinas und Indiens auf die afrikanische Wirtschaft gründe auf deren Energiebedarf. Die langfristigen und tiefergehenden Einflüsse Chinas und Indiens auf die afrikanische Wirtschaft werden nicht erwähnt. Die chinesische Wirtschaftspraxis in Afrika wird statt dessen als regelrechte Herausforderung für westliche Entwicklungshilfe gesehen. Chinas Ausbeutung afrikanischer Ressourcen verursache lokale Umweltzerstörungen, heißt es. Chinas wirtschaftliches Verhalten in Afrika sei eine neue Art von »chirurgischem Kolonialismus«.

Die Kooperation zwischen China und Afrika kann grob in drei Phasen unterteilt werden. Die erste wurde 1956 von Mao Zedong initiiert. China unterstützte Afrika politisch durch kostenlose Hilfe. Die zweite Phase ist gekennzeichnet durch die ökonomische Kooperation während der Deng-Xiaoping-Ära. Wir verwandelten die politische Hilfe in wirtschaftliche Zusammenarbeit, denn wir wollten ein Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Verpflichtung etablieren. Seit dem 21. Jahrhundert, besonders ab 2006, hat China das Konzept der »verantwortungsvollen Großmacht« entwickelt, das über simple Wirtschaftskooperation und Entwicklungshilfe für Afrika hinausgeht. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Investitionen in den Bau von öffentlicher Infrastruktur wie Kommunikationsnetzen und der Entwicklung landwirtschaftlicher Technik sowie dem Erfahrungsaustausch und der Ausbildung von lokalen Fachkräften.

Politische Unterstützung

Die erste Phase der Wirtschaftskooperation mit Afrika zwischen 1949 und 1979 hatte vor allem politische Ziele. China musste die Blockade und Umzingelung durch den kapitalistischen Block aufbrechen und die Herausforderungen meistern, die durch das Zerwürfnis in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen entstanden waren. Gleichzeitig kämpfte Afrika um nationale Unabhängigkeit, die Befreiungsbewegungen brauchten Unterstützung.

Von 1949 bis 1954 gab es keine diplomatischen Beziehungen zwischen China und Afrika. Die wirtschaftlichen Kontakte beschränkten sich auf spontane und nicht-staatliche Handelsverbindungen. Ein Wendepunkt war die Konferenz von Bandung im April 1955. Hier konnte China seine diplomatischen Beziehungen ausbauen. Das Ziel war, politische Allianzen zu fördern und zu festigen, der westlichen Hegemonie etwas entgegenzusetzen und die nationale Unabhängigkeit zu fördern. Vor 1974 legte China Wert auf kostenlose Unterstützung, unabhängig von den Kosten. Ab 1975 wurden dann einige der Kosten in Rechnung gestellt. Trotzdem war die Unterstützung immer noch der Hauptzweck, und es gab fast keinen wirtschaftlichen Austausch. China hat in dieser Phase keine Bedingungen und Ansprüche für die Wirtschaftshilfe gestellt. Afrikanische Länder hingegen haben die Initiative ergriffen, indem sie China geholfen haben, seinen angemessenen Sitz bei den Vereinten Nationen zu erlangen und das »Ein-China-Prinzip« durchzuset-

zen. Dadurch wurden die Errungenschaften der chinesischen Unabhängigkeit gestärkt, die diplomatische Situation Chinas verbesserte sich. Im Gegenzug hat China Afrika darin unterstützt, die Kräfte des westlichen Kolonialismus und Imperialismus zu bekämpfen. Wirtschaftlich brachte dieser Einsatz China durchaus in Schwierigkeiten, denn die meisten Wirtschaftskooperationsprojekte wurden von der Regierung mit Geldmitteln unterstützt und folgten keinen ökonomischen Prinzipien, was sie auf lange Sicht untragbar machte.

Ökonomischer Austausch

Seit 1980, besonders in den Jahren zwischen 1990 und 1999, hat sich die wirtschaftliche Kooperation schnell entwickelt. China reduzierte massiv die Beträge für die Unterstützung Afrikas, variierte die Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und legte fest, dass die chinesisch-afrikanische Kooperation »Gleichheit und gegenseitigen Nutzen« erzielen müsse. In den 1990er Jahren ermutigte China aktiv seine eigenen Unternehmen, an der Wirtschaftskooperation mit Afrika teilzunehmen. In den zehn Jahren zwischen 1990 und 1999 besuchten ungefähr 150 chinesische Führungskräfte mehr als 40 afrikanische Länder. Besonders durch den Besuch von Chinas Präsident Jiang Zemin in Afrika 1996 wurden die chinesisch-afrikanischen Beziehungen vertieft.

Im Jahr 2000 begann die chinesische Regierung Unternehmen dabei zu unterstützen, die Strategie der »globalen Ausbreitung« umzusetzen. So entwickelte sich aus der Zusammenarbeit zwischen China und Afrika ein institutionelles Rahmenwerk, das vom chinesisch-afrikanischen multilateralen Kooperationsforum repräsentiert wird. China hat sich den Bedürfnissen der Entwicklung der chinesisch-afrikanischen

Beziehungen unter den neuen Gesichtspunkten angepasst. Zu Beginn des Jahres 2006 hat die Regierung das »Politikpapier China-Afrika« veröffentlicht, gleichzeitig eine Richtlinie für die chinesisch-afrikanische Kooperation und eine Reaktion auf die internationale Kritik und die Anschuldigungen, China betreibe in Afrika »Neokolonialismus«, »Ressourcenausbeutung« und »Expansionismus«. Das Dokument enthält unseren ehrlichen Vorschlag, »China-Afrika« freundschaftlich und zu beiderseitigem Nutzen auf der Grundlage von Gleichheit, Gegenseitigkeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fortzuentwickeln.

Das Handelsvolumen zwischen China und Afrika nimmt stetig zu. Als das chinesisch-afrikanische Kooperationsforum im Jahr 2000 gegründet wurde, betrug das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und Afrika nur 10,6 Milliarden US-Dollar, erreichte jedoch 2014 einen Höhepunkt mit 221,8 Milliarden US-Dollar. Obwohl das Handelsaufkommen 2015 und 2016 zurückgegangen ist, erreichte es immer noch 179 bzw. 149,1 Milliarden US-Dollar. Von Januar bis Oktober 2017 betrug das gesamte Handelsaufkommen 139,6 Milliarden US-Dollar, das ist ein Anstieg um 14,5 Prozent über die gleiche Zeitspanne verglichen mit dem letztem Jahr, während der Gesamtanstieg des chinesischen Außenhandels nur 11,6 Prozent betrug. Seit 2000 ist der Anteil des Handels mit Afrika am gesamten Außenhandel Chinas von 2,1 Prozent auf 4,3 Prozent angestiegen, mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 31,5 Prozent. In den 15 Jahren von 2001 bis 2015 betrug die durchschnittliche Wachstumsrate 21 Prozent. Von 2010 bis 2014 waren die chinesischen Importe aus Afrika höher als die chinesischen Exporte nach Afrika. Der Wert der afrikanischen Exporte nach China stieg von 4,78 Milliar-

den US-Dollar im Jahr 2000 auf 117,15 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014. Gleichzeitig stieg das Volumen afrikanischer Importe aus China von 5,02 Milliarden US-Dollar im Jahr 2000 auf 110,32 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014. 2015 und 2016 erreichte China einen Handelsüberschuss mit Afrika. Dafür gibt es zwei Gründe: erstens die globale Wirtschaftskrise, da afrikanische Länder, die stärker vom Handel mit Ressourcen und Mineralien abhängen, mehr von Schwankungen der internationalen Energie- und Rohstoffpreise betroffen sind. Zweitens, weil Exporte von traditionellen, arbeitsintensiven Erzeugnissen sowie mechanischen und elektrischen Produkten nachließen, was den Aufbau der Infrastruktur und öffentliche Investitionen in afrikanischen Ländern durch die Konjunkturabschwächung verlangsamt.

Veränderte Nachfrage

Die Handelsstruktur zwischen China und Afrika wird kontinuierlich optimiert. Was die Importe aus China betrifft, verlagert sich die afrikanische Nachfrage von leichten Industrieprodukten hin zu industriellen und halbfertigen Produkten. Der Anteil an leichten textilen Produkten lässt weiter nach, der an mechanischen und elektrischen Produkten steigt schrittweise an. Zusätzlich wächst der Anteil an automatisierten Teilen und Telekommunikationsausrüstung rasch und stellt mittlerweile den größten Posten der afrikanischen Importe aus China dar. Die schnelle Entwicklung des bilateralen Handels zwischen China und Afrika hat auch zu einem substantiellen Anstieg an kooperativen Investitionen geführt, besonders auf dem Gebiet der Energieproduktion und der Förderung von Ressourcen, was gleichzeitig der größte Punkt der bilateralen ökonomischen Handelskooperation



CHRISTIAN-DITSCHE

ist. Die chinesisch-afrikanische Handelszusammenarbeit hat zur Verbesserung der Infrastruktur in Afrika beigetragen. In ähnlicher Weise hat der Ausbau der Infrastruktur auch zu einer Stärkung der bilateralen Handelskooperation geführt.

Der erste Grund für die rasche Entwicklung der Handelskooperation zwischen China und Afrika liegt darin, dass China und Afrika gute Gründe für wechselseitiges politisches Vertrauen haben. Die meisten afrikanischen Länder wurden wie China von den westlichen, imperialistischen Ländern ausgebeutet und unterdrückt. Der zweite Grund ist das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Entwicklung. Chinas starkes Wirtschaftswachstum verlangt nach Energie und Ressourcen, während der Konsummarkt in Afrika billige chinesische Produkte benötigt. Der dritte Grund ist die wechselseitige komplementäre ökonomische Struktur. Afrika erfreut sich an reichen Ressourcenvorkommen und einer vorteilhaften demographischen Struktur, während China gerade dabei ist, seine industrielle Struktur anzupassen und die Technologie und industrielle Struktur besitzt, die Afrika so dringlich braucht.

Die Entwicklung Chinas und Afrikas ist miteinander verschränkt, bietet Chancen und ist Ansporn zugleich. Afrikas großer Bedarf an Infrastruktur, verarbeitender Industrie und einer Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung wird die nächste Runde der chinesischen Expansion und Öffnung antreiben. So wird sich die chinesisch-afrikanische Wirtschafts- und Handelskooperation zu einer Investitionskooperation wandeln.

Breite Investitionen

Die Summe der chinesischen Investitionen in Afrika ist schnell angestiegen. Offizielle Statistiken zeigen, dass die Gesamtsumme von einer Milliarde US-Dollar im Jahr 2004 auf 1,95 Milliarden US-Dollar im Jahr 2011, 6,19 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 und schließlich 35 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015 anstieg. Das ist eine jährlichen Wachstumsrate von 40 Prozent. 2013 brachte China seine »One Belt, One Road«-Initiative (die »Neue Seidenstraße«) heraus. Das internationale »One Belt, One Road«-Gipfeltreffen im Mai 2017 in Beijing brachte diese Initiative auf Weltniveau. Darüber hinaus wurden darin neue politische Impulse für die Investitionskooperation zwischen Eurasien und Afrika gegeben, der Bau von Infrastruktur und Handelskommunikation beschlossen und neue Mittel zur Verfügung gestellt.

In den Jahren 2011 und 2012, unter dem Einfluss der Finanzkrise, haben Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Investitionen in Afrika substantiell gekürzt. China fährt mit seinen Investitionen in Afrika fort und erweitert diese. Im Moment investieren ungefähr 10.000 Unternehmen in Afrika. Auch das Gebiet der Kooperation wird erweitert. Ungefähr 60 Prozent der chinesischen Investitionen in Afrika konzentrieren sich im Bereich der Dienstleistungen und der Industrie. Sie sind nicht auf traditionelle Industriezweige wie Bergbau, den Bausektor und die Landwirtschaft beschränkt. Statt dessen wird zunehmend in den Bekleidungssektor, den Einzelhandel, die Nahrungsmittelverarbeitung, den Tourismus und den Finanzsektor investiert. Die Investitionsarten sind divers. Auch sind die Firmen, die heute in Afrika investieren, zu 90 Prozent in privater Hand.

Gleichzeitig haben China und Afrika gemeinsam mehr als 20 Handels- und Wirtschaftszonen eingerichtet, um die weitere Wirtschaftskooperation zu fördern. Zum Beispiel wurden die »Wirtschafts- und Handelskooperationszone Nigeria-Guangdong« und die »Wirtschafts- und Handelskooperationszone Nigeria-Lekki« im Juli und September 2017 in Nigeria gebildet. Die »Wirtschafts- und Handelskooperationszone Sambia-China« wurde im Februar 2007 in Sambia gegründet, der »Öst-

liche Industriepark« in Äthiopien im Oktober 2008, die chinesisch-ägyptische »Wirtschafts- und Handelskooperationszone Suez« im März 2009 usw. Weil China viel Praxis und Erfahrung mit der Errichtung von Wirtschaftsparks hat, wird erwartet, dass sie ein gutes Medium und eine Brücke für Überseeinvestitionen bilden. Dies wird nicht nur das wirtschaftliche Wachstum von China und Afrika verbessern, sondern auch den allgemeinen sozialen Fortschritt in Richtung Modernisierung und guter Regierungsführung befördern.

China gibt sich große Mühe, den Lebensstandard in afrikanischen Ländern zu verbessern, indem es ihnen öffentliche Fürsorgeeinrichtungen, medizinische Kooperation, Betreuung und Fortbildungen anbietet. China organisiert unterschiedliche Formen medizinischer und gesundheitlicher Kooperationsprogramme mit afrikanischen Ländern, baut Krankenhäuser, entsendet medizinisches Fachpersonal und spendet Medikamente. Zudem liefert es Nahrung und Geldspenden, um Hungersnöte zu mildern und humanitäre Krisen abzumildern. Seit 2010 hat China Ausbildungsprogramme in 54 afrikanischen Ländern und Regionen organisiert und lokales Personal im medizinischen, landwirtschaftlichen und industriellen Sektor ausgebildet. Zudem wurden landwirtschaftliche Technikvorführcentren eingerichtet. Diese Maßnahmen haben bemerkenswerte Ergebnisse erzielt und effektiv den Lebensstandard der Einwohner Afrikas verbessert.

Probleme und Fehler

Chinas Aktivitäten in Afrika finden international große Beachtung, wobei oft angebliche negative Aspekte der chinesisch-afrikanischen Beziehungen hervorgehoben werden. Doch es gibt nicht nur bössartige Vorurteile der entwickelten westlichen Staaten über die chinesische Politik in Afrika, sondern auch einige tatsächliche Fehler. Diese resultieren vor allem aus dem unausgeglichenen Handel, was nicht nur an der wirtschaftlichen Umgebung verschiedener afrikanischer Länder liegt, sondern auch an dem stetig wachsenden Handelsvolumen zwischen China und Afrika. Afrikas Hauptexportartikel nach China sind mineralische Produkte, wohingegen Chinas Hauptexportprodukte nach Afrika verarbeitete Produkte sind. Afrikanische Länder haben geringe Produktivitäts- und niedrige Einkommensniveaus. Exportprodukte sind meistens Primärprodukte. Die täglichen Bedarfsgüter und Produktionsmittel hängen oft von Importen ab. China hat eine gut entwickelte Fertigungsindustrie, und die meisten in Afrika verkauften Produkte sind billig und haben einen hohen Marktanteil. Manche Low-end-Fertigungsindustrien aus China haben niedrigere Produktionskosten als die afrikanischen. Durch ein hohes Aufkommen dieser Produkte in Afrika ist es leicht, der lokalen Produktion einen Dämpfer zu versetzen und die Entwicklung lokaler Fertigungsindustrien zu schwächen.

Ein weiteres Problem: Nach einer McKinsey-Studie vom Mai 2017 sind mehr als 90 Prozent der 10.000 chinesischen Unternehmen, die in Afrika investieren, kleine und mittlere Privatunternehmen, auch wenn vom Ausmaß der Investitionen her die staatseigenen Konzerne nach wie vor führend sind. Aus politischen, Sicherheitstechnischen und anderen Gründen ist das Risiko, in Afrika zu investieren, größer. Dadurch verfolgen diese kleineren Unternehmen eher kurzfristige Interessen und werden ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung teilweise nicht gerecht. Manche privaten Geschäftsleute sind zudem weniger qualifiziert, so dass sie häufiger Konflikte mit lokalen Autoritäten auslösen.

Auch die Ausstrahlungskraft von Hilfsprojekten ist beschränkt. Erstens gibt es keine öffentlichen Gesetze, und Regeln für ausländische Hilfe in unserem Land und die Informationen über Hilfsprojekte

können nicht effektiv bekanntgegeben werden. Zweitens stockt die Kommunikation zwischen dem in den Projekten arbeitenden Personal und der afrikanischen Bevölkerung. Einige Hilfsprojekte passen nicht richtig zur realen Situation in Afrika. Sie sind ineffektiv und können die individuellen Bedürfnisse in den unterschiedlichen Sektoren nicht erfüllen. Darüber hinaus schwächt die mangelnde Fähigkeit für Instandhaltung und Leitung der Hilfsprojekte in afrikanischen Ländern die Langzeitwirkung und Nachhaltigkeit dieser Projekte. Oft haben afrikanische Länder auch schlechte öffentliche Verwaltungssysteme, was es schwierig macht, die sozialen und politischen Ziele der Hilfsprojekte vollständig zu realisieren.

Mit der steigenden Zahl chinesischer Unternehmen werden auch der Umweltschutz und das Arbeitsrecht zu einem wichtigen Thema der wirtschaftlichen Zusam-

menschenrechte und Arbeitsschutz. Dies lässt sich nicht leugnen. Wenn solche Fälle von den Medien aufgebauscht werden, hat das einen schlechten Einfluss auf das Gesamtbild Chinas. Mit der kontinuierlichen Vertiefung der chinesisch-afrikanischen Wirtschaftskooperation müssen deshalb auch Maßnahmen einhergehen, die den Umweltschutz und die Arbeitsbedingungen verbessern.

Perspektiven

Die afrikanischen Ressourcenvorkommen und demographischen Vorteile werden mit fortschreitender Entwicklung der chinesischen Wirtschaft attraktiver. Zweifellos wird der chinesisch-afrikanische Handel in der Zukunft neue Möglichkeiten für Entwicklungen bieten. Um das schnelle wirtschaftliche Wachstum aufrechtzuerhalten, benötigt China viel Energie und Ressour-

„ Mit der Vertiefung der chinesisch-afrikanischen Kooperation werden sich auch der kulturelle Austausch und das gegenseitige Verständnis zwischen Chinesen und Afrikanern vertiefen.

menarbeit. In den letzten Jahren hat es einige Zwischenfälle gegeben. Zum Beispiel hat die Ausbeute der Öl- und Gasvorkommen durch die China Petrochemical Corporation (Sinopec) im Jahr 2004 das maritime Ökosystem und die biologischen Ressourcen von Angola nachteilig beeinflusst. 2006 wurde Sinopec vorgeworfen, durch »barbarische Bauvorhaben« den Urwald zu zerstören. In Ghana haben chinesische Unternehmen illegal Gold abgebaut und dabei fruchtbares Land zerstört, was zu starken Protesten der lokalen Gemeinschaften geführt hat. Im August 2013 hat Petro China im Tschad ausgetretenes Öl nicht fachgerecht entsorgt. Diese Akte von Umweltzerstörung sind Ausnahmen, sie zeigen jedoch einige Probleme auf.

Was die Arbeitsbedingungen betrifft, so gibt es keine verlässlichen statistischen Daten. Es ist aber vorgekommen, dass chinesische Unternehmen keine Arbeitsverträge unterzeichnet und Arbeiter unangekündigt entlassen haben. Auch gab es Berichte über erzwungene Überstunden, mangelnde Arbeitssicherheit und verschleppte Lohnzahlungen. Manche chinesischen Unternehmen legen keinen Wert auf Umweltschutz,

cen. Für deren Verarbeitung und die Aufwertung industrieller Strukturen wird eine Menge Arbeitskraft benötigt. Afrika verfügt nicht nur über zahlreiche mineralische Ressourcen, es hat auch eine große Menge an Arbeitskräften. Für Afrika ist es nötig, seine Ressourcen im Austausch für Geld und Technologie voll auszuschöpfen, um seine Gesellschaft und Wirtschaft, die sich im frühen Stadium der Industrialisierung befindet, zu entwickeln. Deshalb ist China ein idealer Handelspartner, denn verglichen mit anderen Ländern wie den europäischen oder den Vereinigten Staaten stellt es keine politischen Bedingungen. Die Vorteile für beide Seiten liegen auf der Hand.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land achtet eine zunehmende Anzahl chinesischer Unternehmen in Afrika auf den Aufbau von gesellschaftlicher und sozialer Verantwortung. Beim Streben nach Profit und kommerziellem Gewinn können sie mehr soziale Verantwortung übernehmen. Mit der Vertiefung der chinesisch-afrikanischen Kooperation werden sich auch der kulturelle Austausch und das gegenseitige Verständnis zwischen Chinesen und Afrikanern vertiefen.

ANZEIGE



mandelbaum kritik & utopie

Die tiefe Krise der EU verlangt nach neuen Antworten, denn sowohl die von vielen Progressiven angestrebte fundamentale Reform der EU, als auch die Forderung nach einem Austritt huldigen falschen Fettschen: Weder ist die EU ein emanzipatorisches Projekt, noch der Nationalstaat ein geeigneter Rahmen für progressive Politik.

Attac (Hg.)
ENTZAUBERTE UNION
Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist
Euro 15,- | 272 Seiten | ISBN: 978385476-669-8

Der renommierte Historiker Marcus Rediker erkundet die Welt der Atlantik-Seefahrt vom späten 17. bis zum frühen 19. Jahrhundert aus Sicht rebellischer Seeleute, Sklav_innen und anderer Gesetzloser. Er zeigt u.a., dass der »buntscheckige Haufen«, multiethnisch zusammengesetzte Gruppen maritimer Arbeiter, eine treibende Kraft hinter der amerikanischen Revolution war.

Marcus Rediker
GESETZLOSE DES ATLANTIKS
Piraten und rebellische Seeleute in der frühen Neuzeit
Euro 18,- | 310 Seiten | ISBN: 978385476-664-3
www.mandelbaum.at



Raub eines ganzen Kontinents

Nahrungsmittel, Bodenschätze und billige Arbeitskräfte – wie sich Ausbeutung und Umweltverschmutzung in Afrika für das internationale Kapital rentieren. **Von Nnimmo Bassey**

Nnimmo Bassey aus Nigeria ist Dichter, Umweltschützer und Träger des Alternativen Nobelpreises 2010

Ich möchte mit einer Bemerkung beginnen, die der US-Präsident vor kurzem gemacht hat. Er sagte, afrikanische Länder seien Dreckslöcher, »Shitholes«. Warum denkt jemand, dass Haiti oder ein afrikanisches Land Dreckslöcher sind? Wie kann man so denken? Und wie wird ein solches Denken die Beziehungen zwischen den Staaten beeinflussen? Sie stimmen sicherlich mit mir überein, dass jemand, der denkt, Afrika sei ein Dreckslöcher, wirklich ein Problem hat – beziehungsweise kein Problem. Kein Problem damit, eben diesen Kontinent auszuplündern, zu zerstören, ohne dabei ein schlechtes Gewissen zu haben.

Wenn jemand Macht innehat, ohne Rechenschaft ablegen zu müssen, bedeutet dies, dass diejenigen, die unter dieser Machtausübung leiden, ausgebeutet werden können, ohne Rechtsmittel einlegen zu können. Das ist Kolonialismus. Der sogenannte Neokolonialismus unterscheidet sich hier überhaupt nicht vom Kolonialismus, denn er ist ebenso mit militärischer Macht durchgesetzt worden. Die heutigen Kolonialherren drücken weiterhin auf undemokratische Art und Weise ihre Interessen durch. Hieran zeigt sich eine weitere Verschärfung der Krise der afrikanischen Länder, die durch Kolonialisierung, Versklavung und Ausbeutung erst ermöglicht wurde.

Es ist natürlich notwendig, über den Kolonialismus zu sprechen. Wenn man seine Geschichte nicht versteht, kann man auch keinen Weg in die eigene Zukunft finden. Ich werde nun über zwei Fragen sprechen. Erstens: Warum leiden wir Hunger? Zweitens: Warum ist es so, dass unsere Ressourcen einfach gedankenlos ausgebeutet werden? In Hinblick auf die Ernährungsfrage gibt es zwei vorgeblich wichtige Argumente. Erstens wird gesagt, es gebe in Afrika eine Überbevölkerung. Hört man dies, denkt man, das Hungerproblem sei dadurch verursacht, und man müsse den Afrikanern nur mehr Lebensmittel zukommen lassen. Das bedeutet dann aber auch, dass die Afrikaner gar nicht erst mitreden sollen, wenn es darum geht, welche Nahrung sie bekommen. Folgt man dieser Argumentation, kann

man ihnen einfach genmanipuliertes Getreide zur Verfügung stellen. Solange die Afrikaner unter Hunger leiden, sollen sie einfach still sein und essen, was man ihnen vorsetzt. Das zweite angebliche Argument ist, dass Afrika zuviel Land besitze. Es wird also einerseits behauptet, es gebe zu viele Afrikaner, aber gleichzeitig wird auch darauf verwiesen, es seien doch zu wenige, schließlich hätten sie zuviel Land zur Verfügung. Damit wird auch das »Landgrabbing«, der Landraub gerechtfertigt. Hier muss festgehalten werden, dass es nicht mehr nur um Landraub geht, sondern um den Raub eines ganzen Kontinents. Die natürlichen Ressourcen Afrikas werden ausgeplündert, man exportiert alles, was irgendwie von Interesse sein könnte. Diese Entwicklung begann bereits mit der Kolonialisierung und wird bis heute fortgesetzt.

Ökozid

Ich möchte darauf hinweisen, dass es aktuell um die Rechtsstaatlichkeit in Afrika nicht gut bestellt ist. Auch in meinem Land Nigeria gibt es nur sehr wenige Gesetze, die die Biodiversität schützen. Es gibt keine rechtlichen Möglichkeiten, sie auch durchzusetzen. Man hört eher auf transnationale Konzerne wie Monsanto, als sich an den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung zu orientieren. Deswegen können wir von einer Art Lebensmittelkolonialisierung sprechen. Sie beruft sich auf das Argument, die Afrikaner seien ja hungrig und unterernährt. So wird unsere eigene Lebensmittelversorgung unterminiert. Wir haben unsere Ernährungssouveränität verloren. Statt dessen wird eine neue Abhängigkeit geschaffen. Es wird zwar Lebensmittelhilfe in großem Stil geleistet, dabei geht es aber gar nicht darum, den Menschen zu helfen, sondern um reine Geschäftsinteressen. Häufig werden Lebensmittel über sehr weite Strecken transportiert, obwohl doch auch vor Ort genügend Nahrung produziert werden könnte. Die weite Verbreitung genetisch manipulierter Lebensmittel führt zu großen Risiken für die lokale Landwirtschaft in Afrika. Einheimische Produkte können nicht mehr angebaut werden. Das Saatgut wird nun weit weg industriell hergestellt.

Was bedeutet das? Gibt es keine Lösung für das Problem der globalen Lebensmittelversorgung? Die industrielle Nahrungsmittelproduktion verbraucht ungefähr 75 Prozent der weltweiten landwirtschaftlichen Flächen. Damit werden 30 Prozent der Weltbevölkerung ernährt. Über 500 Millionen Kleinbauern besitzen hingegen weniger als 25 Prozent des Landes, ernähren damit aber 70 Prozent der Menschheit. Die Weltbank und die Vereinten Nationen haben 2008 ein Dokument veröffentlicht, das klar belegt, dass die globale Lebensmittelproduktion zukünftig von den Kleinbauern und der



CHRISTIAN-DITSCHE

ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft abhängig sein wird. Auf diesem Wege können gesunde Lebensmittel produziert werden. Das würde zur Gesundheit der unmittelbaren Produzenten und der Konsumenten dieser Nahrung beitragen. Solche Schlüsse lassen sich aus dem genannten und weiteren Berichten ziehen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Ausbeutung von Mineralien durch transnationale Konzerne, verbunden mit dem Problem, dass diese keinerlei Rechenschaftspflicht gegenüber den lokalen Gemeinschaften haben. Dieser Zustand ist inakzeptabel. Sie werden sich bestimmt erinnern, was 2012 in Südafrika, in Marikana, passiert ist. Es gab einen Streik der dortigen Bergarbeiter. Sie forderten bessere Arbeitsbedingungen und wurden daraufhin von der Polizei angegriffen. Dabei kamen viele von ihnen ums Leben. Marikana steht sinnbildlich für das, was auf dem ganzen Kontinent vorherrscht: Das Ausbeutungsverhältnis zwischen dem transnationalen Kapital und den lokalen Bevölkerungen. Diese Beziehung erzeugt überall in Afrika Konflikte. Der Klimawandel und die schwindenden Ressourcen verschärfen diese Auseinandersetzungen zusätzlich. Es gibt eine Prognose, die besagt, dass die gewalttätigen Konflikte auf dem Kontinent bis 2030 um 54 Prozent zunehmen werden – wenn es so weitergeht wie bisher. Dieser Blick in die Zukunft macht uns natürlich ungeheure Angst. Ist das möglich? Es ist sehr wohl möglich. Warum ist es möglich? Weil das internationale Kapital und die Imperialisten nicht anerkennen wollen, dass wir nur einen Planeten zur Verfügung haben und dass die

Art und Weise, wie im Augenblick konsumiert wird, nicht aufrechterhalten werden kann. Wenn wir möchten, dass diese Erde überlebt, dann müssen wir anders konsumieren. Wenn wir dort, wo soziale Strukturen zerstört wurden, so weitermachen, dann werden wir erleben, dass sich die Gewaltspirale immer weiterdreht. Um die Minen herum werden Menschen umgebracht, aber die Bergwerke funktionieren weiter.

Wir brauchen internationale Solidarität gegen diese Konzerne, die hier die Menschen und die Erde ausbeuten. Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden für den Ökozid, für den Genozid und für all die Verbrechen, die sie begehen. Vor ein paar Jahren hat eine Person aus der Konzernführung von Shell in Nigeria gesagt: »Die Diktatur bietet uns ein stabiles Umfeld für unsere wirtschaftlichen Interessen.« Die Konzerne haben also ein Interesse an der Aufrechterhaltung von Diktaturen. Deswegen setzt sich die Gewalt fort. Für die großen Unternehmen ist es schlicht einfacher, ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten durchzuführen, wenn sie nicht zur Rechenschaft gezogen werden. In Afrika sehen wir, wie böse der Imperialismus ist, wie böse der Kolonialismus war und wie böse der Neokolonialismus ist, wie schlecht die Beziehung zwischen Afrika und dem Westen grundsätzlich ist. Ein Großteil der Gewaltspirale lässt sich eben aus diesen Verhältnissen erklären.

Ich komme aus dem Nigerdelta. In dieser Region Nigerias spielt die Ölproduktion eine große Rolle. Es kommt dort immer wieder zu Verschmutzungen durch austretendes Öl. In keinem einzigen Fall wurde es wieder beseitigt oder die lokale

ANZEIGE

PARTIZANTRAVEL
den Menschen näher kommen

Drei Reisen ins Baskenland – April, Juni, Juli

Eine Reise nach Gernika und Umgebung Auf dem Pfad zwischen Geschichte und Gegenwart des politischen Konflikts 22.-28.4.2018 Wir nehmen am 26.4. an den Gedenkfeiern in Gernika teil	Das Baskenland erleben und genießen Am Golf von Bizkaia, in den baskischen Bergen und im Weingebiet Rioja Alavesa 6.-13.6.2018 Kleine Gruppen mit max. 8 Teilnehmer/innen	Gastronomische Reise ins Baskenland Von Pintxos über typisch baskische Menüs bis zu Käsespezialitäten und Desserts 15.-21.4./24.-30.6. Weitere Termine auf Anfrage März-Oktober
--	--	--

partizantravel.com/de – info@partizantravel.de – 09451/5643775
Partizan Travel GmbH, Holzhaussiedlung 15, 84069 Schierling

ANZEIGE

JETZT AUF

MAX UTHOFF (DIE ANST.)

Krieg und Frieden in der

Mit Daniela Dahn und Peter Becker

Foto: Michel Neumeister



Bevölkerung vor den Folgen geschützt. Das heißt, wir leben in einem Land, wo das Grundwasser und der Boden verschmutzt sind. Die Ölbehörden machen unglaublichen Profit mit dieser unverantwortlichen Ausbeutung von Ressourcen. Doch auch der Kampf darum, diese Profiteure zur Verantwortung zu ziehen, geht weiter.

Ungleiche Beziehungen

Das transnationale Kapital beutet Afrika auf viele Arten aus. Afrika erhält Entwicklungshilfe und gleichzeitig gibt es ausländische Direktinvestitionen. Die werden aber nicht ausgehandelt, um die Situation der Bevölkerung zu verbessern, sondern die transnationalen Konzerne schließen Verträge mit den lokalen Behörden, die es ihnen ermöglichen, Steuern zu hinterziehen. Auf illegalem Wege fließen so 70 Milliarden Dollar pro Jahr in den globalen Norden. Wie konnte das geschehen? Ursächlich hierfür ist die ungleiche Beziehung, die schon zu Kolonialzeiten existierte und seitdem immer weiter ausgebaut wurde. Verantwortlich waren teilweise unsere eigenen Politiker, aber auch Institutionen, wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank,

die immer wieder Projekte und Programme vorschlagen, die der Bevölkerung vor Ort schaden. Sie haben bestimmt schon von dem Konzernkonstrukt »Corporate Social Responsibility« gehört, von der sozialen Verantwortung der Unternehmen. Aber für mich ist dies das Gegenteil von Verantwortung. Man kann nicht auf der einen Seite ein Krankenhaus bauen und auf der anderen das Land verschmutzen. Man kann nicht Treibhausgase in die Luft pusten und gleichzeitig ein Programm zur Verbesserung der Luftqualität verkünden.

Ausbeutung ohne Verantwortung, ohne Rechenschaftspflicht weitet sich immer weiter aus. Das hat auch etwas mit den Produktionskosten zu tun. Manchmal ist es für mich schwierig, mich für Kampagnen einzusetzen, die sich gegen die Subventionen richten. Schließlich hat man im globalen Norden doch immer das Gefühl, diese seien hilfreich. Man unterstützt hier also Konzerne. Im Endeffekt ist es so, dass die Subventionen nur dazu führen, dass die Konzernchefs viel verdienen. Es ist unser Planet, der hier leidet, aber auch die lokalen Bevölkerungen vor Ort. Sie alle müssen dafür bezahlen, dass die transnationalen Konzerne im Land sind.

Wie verhalten sich die afrikanischen

Regierungen zu alledem? Was bedeutet der Begriff Regierung, wenn es nicht die Bevölkerungen sind, die sich selbst regieren? Die derzeitigen Autoritäten agieren häufig im Interesse der transnationalen Konzerne und nicht im Interesse der Bevölkerung. Das internationale Kapital investiert insbesondere in Krisenregionen, weil dort der soziale Zusammenhalt auf lokaler Ebene einfach nicht mehr so stark ist.

Ressourcenkonflikte

Kurz ein paar Worte zu Bemühungen, einige der Konflikte auf dem Kontinent anzugehen. Es gibt die falsche Vorstellung, dass der Export von Erdgas aus Afrika in andere Länder außer- oder innerhalb des Kontinents zu einer verstärkten regionalen Integration beiträgt. Das Erdgas, das zum Beispiel von Nigeria nach Ghana geliefert wird, nützt den jeweiligen Bevölkerungen nichts, es hilft lediglich den transnationalen Unternehmen, die in diesen Ländern aktiv sind. Aktuell gibt es Kooperationspläne zwischen Marokko und Nigeria. Es geht dabei um den Export nigerianischen Erdgases, das über Marokko nach Europa geleitet werden soll. Westafrika wird nicht von diesem

in Großbritannien und Italien. Der Widerstand wird also stärker. Es gibt durchaus Kämpfe gegen Menschenrechtsverletzungen und für den Erhalt von Autonomie und Würde der betroffenen Völker.

Übergangszeit

Im Moment arbeite ich mit lokalen Fischern in Nigeria, Kamerun, Ghana und in Südafrika zusammen. In all diesen Ländern gibt es immer weniger Fischgründe. Mehrere Millionen Nigerianer arbeiten jedoch in der Fischindustrie. Die Offshore-Ölbohrungen führen dazu, dass das Wasser verschmutzt und die Fischbestände reduziert werden. Die dortigen Fischer versuchen, auch im globalen Norden ihr Recht durchzusetzen. Gemeinsam setzen sie sich dafür ein, dass sowohl die offene See als auch die Binnengewässer geschützt werden. Wir leben in einer Art Übergangszeit. Das ist ein revolutionärer Moment. Die große Bewegung derjenigen, die im Augenblick gar keine Stimme zu haben scheinen, formiert sich. Natürlich ist uns bewusst, dass eine Revolution nicht verhandelt werden kann. Eine Revolution wird weder in Konferenzhallen noch in irgendwelchen Verhandlungsräumen angestoßen, sondern sie entsteht dadurch, dass

„ Um die Minen herum werden Menschen umgebracht, aber die Bergwerke funktionieren weiter.

Geschäft profitieren. Letztlich wird allein Europa mit dem Gas versorgt und nicht unser Kontinent.

Seit meiner Jugend habe ich mich gegen die großen Erdölkonzerne und die Ressourcenausbeutung in Nigeria eingesetzt. In diesem Kampf scheint nach wie vor kein Ende in Sicht zu sein. Denn die fossilen Kraftstoffe setzen sich immer mehr durch. Man könnte doch meinen, dass, wenn eine Quelle versiegt ist, die Bohrarbeiten beendet werden. Aber man gräbt einfach immer noch tiefer.

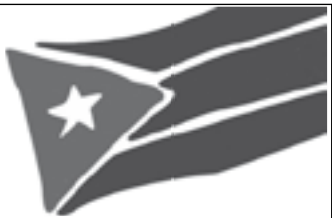
Es wird behauptet, die Zukunft gehöre dem Fracking. Statt dessen müssen wir aber neu nachdenken. Wir müssen über die Zukunft des Planeten und die Menschen auf unseren Kontinenten nachdenken. Meiner Ansicht nach ist jede Stelle, wo Öl oder Gas ausgebeutet wird, ein Ort, an dem schwere Straftaten begangen werden. Das lässt sich rings um die großen Seen, also in Uganda, Kenia und Tansania beobachten. In diesen Seen gibt es Erdölvorkommen. Im Kongo gibt es Öl, in Malawi, Mosambik und Tansania Erdgas. Die Landesgrenzen verlaufen zum Teil durch diese großen Seen, was entsprechend zu Konflikten führt. Auch die Umweltverschmutzung macht nicht an den Ländergrenzen halt. Hierfür fühlt sich niemand verantwortlich. Die Regierungen und die transnationalen Konzerne kooperieren. Die verschiedenen Länder werden gegeneinander aufgehetzt, damit die Konzerne ihre Profite einstreichen können.

Gibt es denn bei all diesen schrecklichen Geschichten überhaupt keinen Widerstand von afrikanischer Seite? Es gibt Gegenwehr. Sie begann schon in den späten 1980er Jahren. Einen Höhepunkt erreichte sie Mitte der 1990er Jahre. Der damalige Widerstand unter dem nigerianischen Bürgerrechtler Ken Saro-Wiwa, der sich für die Rechte des Ogoni-Volkes einsetzte und sich dafür mit dem Ölkonzern Shell anlegte, hat tatsächlich etwas erreicht. Saro-Wiwa wurde zwar 1995 vom Militär hingerichtet, aber immerhin konnte er mit seiner Bewegung 1993 erreichen, dass auf dem entsprechenden Territorium vorübergehend keine weitere Ölförderung stattfand. Aktuell läuft in Europa, in den Niederlanden, ein von nigerianischen Gemeinschaften angestrebtes Gerichtsverfahren. Weitere derartige Prozesse gibt es

Menschen zusammenkommen, durch globale Solidarität, dadurch, dass Menschen tatsächlich Dinge verändern. Insofern denke ich, dass die heutige Konferenz dafür wirklich eine exzellente Plattform ist. Ich bin davon überzeugt, dass wir tatsächlich zusammenarbeiten können, um neue Gruppen politischer Aktivisten zu formen, die sich für den Planeten einsetzen, und die nicht einfach still bleiben, wenn Tyrannei herrscht. Die statt dessen aufstehen für unseren Planeten, für die Menschen. Es ist an der Zeit, tatsächlich Widerstand gegen die Umweltverschmutzung und die Ausbeutung in Afrika zu leisten. Es muss dafür gekämpft werden, dass diejenigen, die die Umwelt verschmutzen, nicht nur nach dem Verursacherprinzip zur Kasse gebeten werden, sondern auch dafür, dass sie die Schäden auch wieder beseitigen. Besonders wichtig erscheint mir darüber hinaus, dass wir im Interesse der Völker sicherstellen, dass wir unsere eigenen Erzählungen haben, dass wir unsere eigene Geschichte erzählen. Andere werden das nicht für uns tun. Wir müssen klar aussprechen, was uns so schmerzt und dass wir die Verhältnisse verbessern wollen. Wir müssen Brücken bauen über die Territorien, über die Kontinente hinweg. Wir müssen unseren Mut teilen mit Afrika, Asien, Lateinamerika und auch mit Europa, um den globalen Norden näher mit dem globalen Süden zusammenzubringen. Die Menschen möchten nicht, was die Regierungen und die transnationalen Organisationen wollen. Deshalb brauchen wir lokalen Widerstand und internationale Solidarität. Das sind die Dinge, die uns helfen werden, unsere Brücke in die Zukunft zu bauen.

ANZEIGE

Solidarität mit dem sozialistischen Kuba!



Kuba braucht unsere Solidarität
wir brauchen Kuba –

Hoffnungsträger der fortschrittlichen Welt

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. – fgbrdkuba.de
– unterstützt Kuba mit Gegenöffentlichkeitsarbeit und konkreten Projekten – helfen Sie uns dabei!

Bank für Sozialwirtschaft Köln - IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00
BIC: BFSWDE33XXX - Bitte den Spendenzweck angeben.

Für Ausstellung und Zusendung einer Spendenbescheinigung ist immer die vollständige Adresse anzugeben.

Werden Sie Mitglied – FG BRD-Kuba – Maybachstr. 159 – 50670 Köln

ANZEIGE

Das wird deine Zeitung!

- Mitmach-Massensteckzeitung ab Mai 2018
- Bundesweiter Verbund, **lokalspezifischer Titel** (z.B. „Roter Wedding“, „Rotes Köln“)
- Lokal-/Regionalprojekt ab 5.000 Stück
- Offen für den ganzen **linken Kulturraum**
- Online-Konzept PRAWDOMAT
- **12 Seiten Zweifarbdruk** in junge-Welt-Qualität (Druckstandort Berlin)
- Jetzt **Test-Ausgabe** anfordern:



rotes-berlin.de - facebook.com/rotesberlin

Enrique Ubieta ist Journalist und Essayist und lebt in Kuba.

Übersetzung aus dem Spanischen: Tobias Thiele

Ich behaupte nicht, hier eine historische Zusammenfassung der kubanischen Solidarität in Afrika zu geben, die bereits 1961 in Algerien begann. Es ist jedoch wichtig hervorzuheben, dass Kuba das einzige Land der westlichen Hemisphäre war, das die algerische Exilregierung bereits am 27. Juni 1961 anerkannte. Kuba half Algerien während seines Krieges für die Unabhängigkeit von Frankreich. Dabei muss man sich bewusst machen, dass Kuba damit die guten Beziehungen zu Charles de Gaulle aufs Spiel setzte, der bereit war, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur revolutionären Regierung aufrechtzuerhalten. In Algerien begann unsere internationale medizinische Zusammenarbeit. Die Worte Fidels bei seiner Rede 1962 anlässlich der Eröffnung des medizinisch-wissenschaftlichen Instituts »Victoria de Girón« sind beispielhaft für die Anfänge dieses internationalistischen Projektes. Fidel sagte: »In Algerien waren die meisten Ärzte Franzosen und viele verließen das Land. Sie haben vier Millionen Einwohner mehr als wir, viele Krankheiten aufgrund der Kolonialisierung und verfügen über weniger als ein Drittel dessen, worüber wir verfügen. Sie durchleben eine wirklich tragische Situation im Gesundheitswesen. Als

Fidels Lektion

Zur internationalen Solidarität des revolutionären Kuba mit Afrika
Von Enrique Ubieta

noch 600. Die kubanische Revolution war von Anfang an ein Teil der Rebellion der Kolonisierten und Unterdrückten der Welt, Unterstützung auf dem steinigen Weg zur Emanzipation der Völker. Gewiss, Revolutionen lassen sich nicht exportieren, sie entstehen aus unwiederholbaren und immanenten Bedingungen. Die Solidarität ist die Grundlage des Sozialismus. Sie unterwirft sich nicht irgendwelchen Grenzen. Kuba übt Solidarität unter Brüdern, stellt keine Bedingungen und verfolgt auch kein geopolitisches Kalkül.

Medizinische Hilfe

Die Hilfe, die in Angola geleistet wurde, war ein paradigmatischer Fall, damit hat Kuba auch zum Ende der schändlichen Apartheid in Südafrika und zur Unabhängigkeit Namibias beigetragen. Kubanisches Blut floss in vielen afrikanischen Ländern. Fidel sagte einst: »Ohne Afrika, ohne seine Kinder, ohne die Kultur, die Bräuche, die Sprachen und die Götter, wäre Kuba nicht, was es heute ist. Deswegen hat das kubanische Volk gegenüber Afrika eine Verpflichtung, die mit der gemeinsamen heldenhaften Geschichte weiter wächst.«

Ich habe während der Ebola-Krise in Conakry in Guinea von den Erfahrungen einer Gruppe kubanischer Ärzte und Krankenschwestern berichtet, die versuchten, die Epidemie einzudämmen. Auf dieser Reise besuchte ich auch das Zuhause der Witwe des Präsidenten Sékou Touré, einem der Anführer der antikolonialen Kämpfe. Wir saßen auf der Terrasse des Hauses mit Blick auf das Meer. Die Wände waren voll von Fotos der jüngeren afrikanischen Geschichte. Auf einem dieser Fotos waren Sékou Touré und Fidel zu sehen. Eine andere Aufnahme zeigte Fidel und Amílcar Cabral aus Guinea-Bissau bei einer Unterhaltung. Der Sohn des Präsidenten, Mohammed Touré, sagte zu mir: »Wenn wir über die großen afrikanischen Anführer sprechen, müssen wir mit Fidel Castro Ruz anfangen, der für uns ein Afrikaner ist, ein Kubaner, ein Weltenbürger, ein Held des Kampfes um die Befreiung Afrikas.«

Ein halbes Jahrhundert nach den Worten Fidels bei der Eröffnung des medizinisch-wissenschaftlichen Instituts, war seine Vorhersage weitgehend erfüllt. Die kubanischen Kinder machen ihren mittleren Schulabschluss heutzutage im Alter von 11,5 Jahren, 22,2 Prozent der Arbeiter des Landes haben einen akademischen Abschluss. Nach einem Bericht des Gesundheitsministeriums von 2015 sind nach 3.000 Ärzten, die 1959 blieben, heute 85.000 Ärzte tätig. Kuba hat die beste ärztliche Pro-Kopf-Versorgung weltweit: im Schnitt kommen 7,7 Ärzte auf 1.000 Einwohner, also ein Arzt auf 130 Einwohner. Als Ergebnis registrierte man bereits 2007 eine Kindersterblichkeitsrate von 4,0 auf tausend Lebendgeburten – das ist ein historischer Tiefstwert. Im Dezember des vergangenen Jahres haben 390.446 Mitarbeiter aus dem Gesundheitswesen, darunter 18.802 Ärzte ihren Dienst in 64 Ländern der Welt getan; 63 Prozent von ihnen sind Frauen.

Jede medizinische Brigade, die in ein Katastrophengebiet fuhr oder in ein Land, das um unsere Hilfe bat, wurde von Fidel persönlich verabschiedet. Er bestand darauf, dass die Traditionen, Glaubensrichtungen und politischen Einstellungen der Patienten zu respektieren seien. Trotzdem wurden diese Mediziner an vielen Orten als subversiv erachtet. Warum waren sie subversiv? Über Politik sprachen sie nicht. Sie haben Kranke geheilt, Arme wie Reiche. Sie waren allerdings subversiv, insofern sie durch ihr Tun das gesamte System der Bereicherung und des Individualismus, das das kapitalistische Gesundheitswesen charakterisiert, in Frage stellten.

Lehren und lernen

Als sich die bereits erwähnte Ebola-Epidemie in den drei westafrikanischen Staaten Liberia, Sierra Leone und Guinea ausbreitete, bat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, die Staats- und Regierungschefs jener drei reichen Länder um Hilfe, die in der Vergangenheit die betroffenen Gebiete kolonial bzw. neokolonial durchdrungen hatten: die USA, Großbritannien und Frankreich. Außerdem aber rief er den Präsidenten eines kleinen Landes an, das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusammen mit den Afrikanern für deren Unabhängigkeit gekämpft hatte: Kuba. Warum ausgerechnet Kuba? Der Grund war offensichtlich. Die medizinische Solidarität Kubas erreichte bereits seit 1963 fast alle Länder des afrikanischen Kontinents. 4.048 Mitarbeiter und 2.269 kubanische Ärzte halfen in 32 Ländern Afrikas, als sich der Ebola-Virus verbreitete.

Vor zehn Jahren hat Kuba ein spezialisiertes internationales Kontingent für Katastrophen und schwere Epidemien aufgestellt, eine Brigade von Medizinern unter dem Namen »Henry Reeve« (US-amerikanischer Staatsbürger, der im Ersten Kubanischen Unabhängigkeitskrieg an der Seite der Kubaner kämpfte, jW), die bereits in verschiedenen Ländern, unter anderem Guatemala und Pakistan, geholfen hat. Kuba war eine der wenigen Nationen, die in großer Zahl hochqualifizierte Spezialisten mobilisieren konnte. Seit 1998 haben kubanische Ärzte außerhalb ihrer Landesgrenzen über zwei Millionen chirurgische Eingriffe durchgeführt und bei mehr als drei Millionen Geburten geholfen.

In einer Zeit, in der die Theoretiker des Imperialismus vom »Krieg der Zivilisationen« sprechen, haben die Ärztebrigaden in muslimisch und katholisch geprägten Gesellschaften oder synkretistischen kulturellen Räumen gewirkt. Was ist ihr Geheimnis? Ich bin überzeugt, dass die Erfahrungen der kubanischen Solidarität auf dem Gebiet der medizinischen Hilfe von den internationalen revolutionären Bewegungen studiert werden müssen. Frantz Fanon schreibt in seinem Buch »Sociologie d'une révolution«: »Die koloniale Situation ist in einer Art und Weise geformt, dass der Kolonisierte sich gezwungen sieht, alle Beiträge der Kolonisatoren pejorativ zu beurteilen und das ohne Abstufungen. Der Kolonisierte sieht den Arzt in einer fast organischen Verwirrung, so wie den Ingenieur, den Lehrer, den Polizisten und die Landwache. Die traditionellen Heilmethoden werden zusätzlich zur modernen Medizin angewandt. Zwei Heilmittel kosten mehr als eins. Wir sollten daran denken, dass der Kolonisierte, der das Penizillin oder Digitalin akzeptiert, gleichzeitig mit der vorgeschriebenen Behandlung des Heilers seines Volkes oder Bezirkes weitermacht. Der Kolonisierte nimmt verworren wahr, dass das Penizillin effizienter ist, aber aus politischen, psychologischen und sozialen Gründen ist er gezwungen, sich an die traditionelle Medizin zu wenden.«

Vor ihrer Abreise wurden die kubanischen Mediziner von Fidel persönlich instruiert. Manchmal sprach er bis in die Morgenstunden mit den neuen Internationalisten. Es ist gewiss, dass nicht alle Spezialisten sich gleichermaßen mit den örtlichen Kulturen identifizierten, aber ich konnte in Lateinamerika und Afrika beispielhafte Fälle schätzen lernen. Der Ausgangspunkt ist einfach: Der westliche Arzt muss sich bewusst sein, dass er nicht nur in diese Gemeinschaften geht, um zu lehren, er muss auch bereit sein zu lernen. Frantz Fanon hebt in seinen nützlichen Reflexionen die historische Abneigung der Bewohner gegenüber den eigenen algerischen Ärzten hervor, die sie als Botschafter der Besetzer sahen. Wie haben diese Ärzte letztendlich die Akzeptanz in ihrer Gemeinschaft erlangt? Der alteingesessene Arzt der westlichen Kultur zeigte seine Fähigkeiten und seine Bereitschaft, einer der ihren zu sein, in der schwierigen Alltäglichkeit eines Befreiungskrieges. »Mit Frauen und Männern auf dem Boden schlafend, das algerische Drama lebend, wird der algerische Arzt zu einem Teil des algerischen Fleisches«, schreibt Fanon. Wenn man diese Worte in einen anderen Kontext setzt, können sie auch auf die kubanischen Ärzte angewendet werden, die in der schwierigen und wunderbaren Alltäglichkeit einer Revolution ausgebildet wurden. Der nordamerikanische Historiker Piero Gleijeses, der die kubanische Zusammenarbeit in Afrika minutiös untersucht hat, sagte über die ersten Kubaner, die nach Algerien kamen: »Die französischen und algerischen Ärzte sahen diese Besucher mit einem gewissen Misstrauen. ›Sie konnten nicht verstehen, dass wir für unsere Dienste kein Geld verlangten«, sagte die Ärztin Sara Perelló, Mitglied der ersten medizinischen Brigade. Wir machten vieles, was die algerischen Ärzte nicht machten. Die Männer in unserer Gruppe mussten ihre Kleidung selber waschen und bügeln. Wir hatten kein Geld und

„ Die Spezialisten aus dem kubanischen Gesundheitswesen nehmen sich selbst nicht als Teil einer höheren sozialen Schicht wahr. Sie begegnen ihren Patienten auf Augenhöhe.

wir uns mit den Studenten unterhielten, schlugen wir vor, dass wir 50 Mediziner nach Algerien schicken, um vor Ort zu helfen. Wir sind uns sicher, dass es uns nicht an Freiwilligen fehlen wird. Es sind zunächst nur 50, aber wir sind sicher, dass sich noch mehr melden werden, um ihre Solidarität mit diesem befreundeten Volk auszudrücken, dem es schlechter geht als uns.«

Nachdem Algerien die Unabhängigkeit erlangt hatte, verließen viele Mediziner das Land. In Algerien hatten im Januar 1962 ungefähr 2.000 Ärzte gearbeitet, sechs Monate später waren es nur





auch keine Autos, also liefen wir überall hin, während die algerischen und französischen Ärzte mit ihren Autos fuhren.«

Der Erfolg des relativ schnellen Einlebens der kubanischen Ärzte in kulturell fremden Gemeinschaften beruht auf einer Tatsache, die viele Fachleute gar nicht zur Kenntnis nahmen: Die Spezialisten aus dem kubanischen Gesundheitswesen nehmen sich selbst nicht als Teil einer höheren sozialen Schicht wahr. Sie begegnen ihren Patienten auf Augenhöhe. Sie schlafen in den Wohnungen der Patienten, teilen mit ihnen das Essen und erledigen zusammen mit ihnen die Pflichten des Haushalts.

Notwendige Rücksichten

Die Erfahrungen mit der Ebola-Epidemie in Westafrika waren sehr lehrreich. Die ersten Warnungen, die von westlichen NGOs in Englisch oder Französisch, also offiziellen Sprachen ohne mehrheitlichen Gebrauch, formuliert wurden, disqualifizierten tiefgreifende kulturelle und religiöse Praktiken als unzivilisiert. Der Konsum traditionell zubereiteter Lebensmittel sollte vermieden werden. Die guineische Anthropologin Saran Daraba Kaba erzählte mir: »Wir sagten, dass sie aufhören sollten, diese Art von Fleisch zu essen, aber sie aßen es bereits seit Jahrhunderten. Ihre Eltern aßen es und ihre Großeltern auch. Also bist du automatisch verdächtig, wenn du von ihnen verlangst, dass sie dieses Fleisch nicht essen sollen.« Warum sagst du mir, dass ich nicht mehr essen soll, was alle meine Vorfahren gegessen haben? Sie sind nicht krank geworden, warum sollte ich jetzt krank werden?« Und wenn diese Nachricht ein Ausländer mit weißer Hautfarbe verbreitet, dann ist da etwas nicht in Ordnung, denen kann man nicht vertrauen.«

Bei ausgebeuteten und uninformatierten Völkern schaffen Gerüchte eine spezielle, manchmal für den Ausbeuter zweckmäßige Überempfindlichkeit. Wie konnte man, wenn selbst die westliche Presse über eine angeblich intendierte Verbreitung des Ebola-Virus spekulierte, erwarten, dass diese Völker, die historisch manipuliert und unterdrückt wurden, in ihrem Misstrauen keine abweisende Haltung zeigen würden? Die Politik erkannte anfänglich die traditionellen Heiler und die religiösen Autoritäten nicht an. Auch wurden die Menschen nicht miteinbezogen und missachteten die Anordnungen der ehemaligen Kolonisatoren. In manchen Momenten zweifelten sie sogar an der Existenz von Ebola, weil sie lediglich sahen, wie ihre kranken Familienangehörigen

»entführt« und später in Abwesenheit der Nächsten beerdigt wurden und das ohne plausible Erklärungen. In einigen Regionen dachte man sogar, dass die eingerichteten Behandlungszentren eigentlich nur dazu existierten, den Patienten die Organe zu entnehmen, damit diese nach Europa geschickt werden konnten. Der kubanische Arzt Osvaldo Miranda, einer der Brigadisten, der in der Stadt Coyah in Guinea gegen Ebola kämpfte, machte dazu folgende Angaben:

»Die Patienten kamen alle in großer Angst, das ist sehr nachvollziehbar. Sie wissen, dass es eine tödliche Krankheit ist. Aber hinzu kommt, dass sie denken, wir wollten ihnen schaden. Viele weigern sich, die Medikamente oder Wasser von uns zu nehmen. Das Gegengift gegen all diese Ängste sind die Patienten, die schon länger dabei sind. Der eine sagt dem anderen: Hör mal, die können dir wirklich helfen. Viele von den Patienten, die wir gerettet haben, sind bei uns geblieben und arbeiteten mit uns zusammen. Das ist eine sehr schöne Erfahrung, weil das dann diejenigen sind, die uns helfen, neue Patienten zu überzeugen. Eines Nachmittags waren fünf bis sechs Patienten versammelt, und sie waren sehr zufrieden, weil sie wussten, dass sie am nächsten Tag nach Hause gehen können. Wir hatten ein Handy mit Musik und fingen an, Spätschen zu machen und zu tanzen, und sie tanzten mit uns. Das war sehr schön, weil einige von ihnen in einem sehr kritischen Zustand in der Klinik gekommen waren. Es waren Ärzte in Schutzanzügen dabei, aber auch welche ohne, so wie wir. So konnten sie unsere Gesichter sehen und uns kennenlernen. In der Schutzkleidung sehen wir nämlich alle gleich aus.«

Keine Geopolitik

Diejenigen, die die Solidarität Kubas in Afrika vor 1991 auf eine internationale Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Systems während des Kalten Krieges oder auf die politische Unterordnung unter die Sowjetunion zurückführen wollen, irren. Denn wie erklärt sich dann der von Fidel initiierte Internationalismus auf den Gebieten der Medizin und der Bildung zu einer Zeit, als der Hurrikan »Mitch« die Länder Zentralamerikas verheerte, zu einer Zeit der Umbrüche, als große Teile der Linken weltweit ihren Frieden mit der herrschenden Ordnung machten? Diejenigen, die vor dem Hintergrund ihrer eigenen Enttäuschung und ihres Zynismus vermuten, dass die gegenwärtigen Maßnahmen der Solidarität Kubas lediglich Spielzüge auf dem Brett

der internationalen Geopolitik sind oder bloßes kaufmännisches Kalkül, liegen falsch.

Ist Kuba wirklich bei jenen willkommen, die für sich in Anspruch nehmen, transnationale »Solidarität« zu üben und zu organisieren? In welcher Art und Weise stellen die solidarischen Aktionen Kubas ein Gegenbeispiel dar zum militärisch assistierten »solidarischen Interventionismus« oder zu den lukrativen Geschäften, die einige NGOs mit ihrer Tätigkeit machen? Ist die Zusammenarbeit mit Staaten, die nicht die Interessen ihres Volkes vertreten, oder mit internationalen Institutionen des neoliberalen Systems in Ländern, die unsere Solidarität benötigen und wo Leben gerettet werden, zulässig, ist sie revolutionär? Warum attackieren uns die Feinde der kubanischen Revolution mit solchem Hass und versuchen, diese Solidarität zu diskreditieren? Warum betreiben sie eine Politik, die die kubanischen Internationalisten zum Aufgeben bringen soll? Und letztlich: In welcher Art und Weise trägt der Internationalismus zur Reproduktion von sozialistischen Werten innerhalb der kubanischen Gesellschaft bei?

Die postmoderne Politik hat erklärt, der europäische Sozialismus sei an seiner Unverträglichkeit mit einer umfassenden Gerechtigkeit verendet, sie riet denen, die das Gute wollen, Geduld zu haben, auf begrenzten Feldern zu agieren und sich kleine, realistische Ziele zu setzen. Sie sollten die Welt nicht als ganze betrachten, sondern aus jedem Bereich und aus jedem Problem eine ganz eigene Welt machen. Damit wurde die Gründung Hunderter Nichtregierungsorganisationen befördert, weil sich der Staat um kaum noch eine Angelegenheit kümmern sollte. Verlorene Philanthropen erhielten gutdotierte Posten und konnten ihr Gewissen beruhigen.

Doch auf diesen begrenzten Feldern, in vergessenen Räumen, dort, wo es um Leben und Tod ging, traten dann die kubanischen Ärztebrigaden auf. Hunderter von Ärzten, Krankenschwestern und Technikern, welche die Bevölkerung ausbildeten, Vorsorge leisteten, Krankheiten unter Kontrolle brachten und heilten und jungen Menschen ohne Zukunft Stipendien für ein Studium der Medizin anboten. Das war die Antwort der Revolution, die mitnichten tot ist, die Antwort der größten Nichtregierungsorganisation der Welt, dieser Non-Profit-Organisation namens Kuba, die in kleinen Räumen agiert, dabei allerdings eine allumfassende globale und revolutionäre Perspektive einnimmt, die an die Wurzeln des Problems geht. Das ist eine der Lektionen von Fidel.

ANZEIGEN

KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG
"KOLLEKTIV FÜR ALLE LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VERBUNDEN" BUCH

Aktuelle Ausgabe
KAZ 361 Revolution hat Zukunft

Aus dem Inhalt

- Rechtsruck: Bemerkungen zur Bundestagswahl 2017
- „Falsche Fährten – Querfrontdebatte“
- 100 Jahre Oktoberrevolution – Ein Reisebericht
- „Wir müssen Arbeitszeit neu denken“ oder: Wir müssen Arbeitszeitverkürzung neu erdempfen!
- Wofür der Acht-Stunden-Tag drin-gaßen soll
- Strategische Fragen der proletarischen Revolution: unter der Bedingung der wachsenden Gefahr des Faschismus

KAZ monatlich 1,40 Euro
Einzelheft 1,40 Euro
Jahresheft 16,80 Euro

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Rheinstraße 8
90408 Nürnberg
Telefon: 0911 308013
E-Mail: kraz@kraz-online.de

www.kaz-online.de

KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

100 Jahre Roter Oktober:
Revolution hat Zukunft

**Die Welt ist groß
Rettung lauert überall**

**Nachrichten, Meinungen
und Analysen aus dem globalen
Handgemenge:
medico-Rundschreiben und
Newsletter kostenlos bestellen
unter medico.de/verbinden**

m) 50 jahre
medico international

medico international.
Hilfe im Handgemenge
seit 1968.

Deutsch-Eritreische Gesellschaft e.V. ጅርመራ-ኤርትራዊ ማሕበር (ፖ.ማ)

Aus unserem Selbstverständnis:
Die DEG organisiert und kommuniziert Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, ein umfassendes, realitätsgetreues Bild des heutigen Eritrea, seiner Menschen, Institutionen und Vielfalt zu vermitteln.
For Eritrean self-reliance!

EIN BUS FÜR DEN GARTEN

Die FBK unterstützt seit vielen Jahren den Aufbau des Botanischen Gartens in Pinar del Rio (Westkuba). Er liegt außerhalb der Stadt und dient der Forschung (Erhalt und Sammlung endemischer Pflanzen), der Naherholung, aber auch der Umwelterziehung für die umliegenden Bildungseinrichtungen.

Was dringend fehlt ist ein Transportmittel!
Um Mitarbeiter*innen, Gäste, Schülerinnen und Schüler und nicht zuletzt unsere eigenen Brigadeteilnehmer*innen (oder auch Materialien) transportieren zu können, wollen wir nun einen Bus für den Garten kaufen und dafür bis zum Frühjahr das Geld (ca. 16.000 Euro) gesammelt haben. Wir bitten um finanzkräftige Unterstützung. Jeder Euro hilft!

SPENDENKONTO (für eine Spendenbescheinigung bitte die Anschrift angeben!)

FBK Freundschaftsgesellschaft Berlin Kuba e. V., IBAN DE51 4306 0967 1139 4201 00
Kennwort: BOGABUS
www.fg-berlin-kuba.de

Keine Märchen aus tausend und einer Nacht

Ein Gedicht über Besatzung und Krieg. **Von Faten El-Dabbas**

Faten El-Dabbas ist **Spo-**
ken-Word-Künstlerin und
Autorin. Sie lebt in Berlin.
Das hier abgedruckte Ge-
dicht trug sie am 13. Ja-
nuar auf der Rosa-Lu-
xemburg-Konferenz vor.
Weitere Informationen
unter www.fatenel.de

Die Konferenz im
Rückblick:
**Auf [konferenz.de](http://rosa-luxemburg-
<a href=) finden Sie**
Videos der Referate und
der Podiumsdiskussion
sowie die gesamte Kon-
ferenz als Stream.

Rosa-Luxemburg-
Konferenz erscheint als
Beilage der *jungen Welt*
im Verlag 8. Mai GmbH,
Torstraße 6, 10119 Berlin.
Redaktion: Ronald
Weber (V.i.S.d.P.),
Anzeigen: Silke Schu-
bert, Bildredaktion:
Nikolas Sisic, Gestal-
tung: Michael Sommer.

Letztens fragte mich die Freiheitsstatue: Was heißt Freiheit?
Da muss wohl was schiefgelaufen sein, dachte ich.
Wenn die Freiheitsstatue ausgerechnet eine Palästinenserin fragt, was Freiheit heißt,
Doch die Frage macht Sinn,
weil alles andere in ihrem Namen, keinen Sinn macht.
Denn jedes Mal, wenn ich die Nummer der Befreiung wähle, ist sie 24 Stunden, Tag und Nacht,

auf dem dünnen Streifen Land
in Nahost
besetzt!
Und nicht nur dort.
Ich spreche nicht von Kleinigkeiten
In Wirklichkeit wechselten sie nur Begrifflichkeiten.
Von Kaste zu Klasse,
von Kolonien zu Besatzung,
von Opfer zu Täter.
Und der Krieg bleibt Krieg.
Irak grüßt.
Afghanistan grüßt.
Sie lesen unsere Märchen aus 1001 Nacht. Und ich erlebe ihre Verbrechen Tag und Nacht.
Verbrechen,
die in unseren Gesichtern explodieren
wie Landminen,
wie ein Feuerwerk
nur aus roter Farbe,
wie eines Malers Werk
aus entstellten Körpern.
Denn Volk und Land sind ihnen unbekannt
und Unbekannten macht man keine Liebeserklärung.
Und mein Herz macht keine Zufallsbewegung. Es weicht nur ihren Zielen in Gaza aus,
springt

vor und zurück, nicht vor Glück,
denn sie halten mein Schicksal in der Hand wie einen Joystick.
Und ihre Raketen treffen mich nicht wahllos. Doch wahllos suche ich Sicherheit in
Trümmern von gestern in Trümmern von morgen in Trümmern von Träumen und
Geschichten von Narben.
Und ich höre alle sagen:
EGAL EGAL und Egalität in einem Atemzug. Sag mir, wie soll das gehen, weißt du, was
Besatzung ist?

Wenn dich nachts eine Spezialeinheit aus dem Schlaf reißt,
wenn dein Bruder verschwindet und jeder schweigt
wenn du am Checkpoint flehst, damit sie dich durchlassen,
nur um die Hand deines kranken Opas vielleicht zum letzten Mal zu halten.
Ich hatte mal Flugzeuge im Bauch Wie du auch ...,
doch jetzt fliegen sie über mir.
Wir stehen dem Leben im Angesicht
mit ein bisschen Glück
in der Hosentasche,
doch sie ist durchlöchert
wie unsere Hauswände,
gebaut mit eigenen Händen,
damit Bulldozer Spaß dran haben,
Arbeit von Jahren
in Sekunden zu beenden.
Ich will vergessen
die alten Bilder und ich will neue malen, ich will,
doch es fehlen mehr als Zahlen,
um das Bild der Taube zu vollenden,
denn sie nehmen mir meinen Pinsel
und auch die weiße Farbe,
sie nehmen mir den Boden unter den Füßen
und meine Liebsten aus den Armen.
Ich will vergessen,
halte meinen Kopf, drücke fest zu,
ich will ein Ende von ich gegen du,
ein Ende von du gegen ich,
doch ich find' die Delete-Taste nicht.
Denn sie drücken immer wieder auf
Replay – Replay – Replay.
Und ich will nicht mehr Wettrennen spielen.
Ich will meine Augen schließen.
Eintauchen in meinen Traum von 1001 Nacht.
Ich mache Ali Baba nach und rufe:
Blockade öffne dich, Blockade öffne dich, Blockade öffne dich –
aber nichts geschieht,
und ich hab' keinen Teppich,
um über Mauern zu fliegen,
und ich kann Sindbads Segel nicht setzen,
weil sie meine See blockieren.
Frieden –
du bist so fern wie 1001 Nacht, weil sie hart dafür arbeiten.
Ihre Arbeit heißt Siedlungsbau und Siedlungsbau heißt Landraub und Landraub heißt
Machtausbau und Machtausbau heißt, ich muss raus, ich muss raus, ich muss raus ...
halt es in meinem Kopf.



Und ich sehe mich mitten in der Kampfarena,
alle Blicke auf mich,
als wäre ich des Guten Gegner,
als wäre ich der Konfliktauslöser!
Und im selben Moment drückt er in Uniform
auf den Auslöser,
und ich fall' – auf die Knie,
aufrecht – sack' ich ein,
Wärme – spüre ich,
Schreie – höre ich,
ich schwanke, sehe nichts,
ich wünschte, es werde Licht,
ich wünschte, ICH wäre das Licht,
dass ihnen die Augen öffnet!
Ich wünschte,
dass alle den Zielenden sehen. Und die Zielscheibe,
dass alle nicht Märchen aus 1001 Nacht lesen,
sondern UN-Resolutionen.
Dass sie ihnen nicht Geld für Waffen geben
und uns aber verurteilen
und zu Fall bringen.
Ich falle zur Seite,
blick' in sein Gesicht,
Hand aufs Herz.
Blut aus meinem Mund spricht,
dieses F ist fern,
dieses F ist fern.
Und ich wünschte, es werde Licht. Ich wünschte, ich wäre das Licht, dass ihnen die
Augen öffnet!

Ich sehe mein Leben in Bildern ohne Wendepunkt,
spüre aber den wunden Punkt
links,
mein wundes Herz hört auf zu schlagen, meine letzten Atemzüge. Und ich will noch
sagen: Lasst die Tauben fliegen. Lasst uns leben. Gebt uns Frieden.
Und ich will noch sagen,
lest meine Worte, übersetzt in alle Sprachen,
Worte von gestern und von den letzten fünf, zehn, zwanzig Jahren,
hört, was wir Palästinenser sagen,
wie wir das Ende der Besatzung rufen,
Heim suchen,
euch suchen!
Zu spät.
Ich verblute, weil Blut stärker ist als blaue Tinte.